# Lübecker Volksbote.

**Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.**

Telephon Nr. 926. | Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". | Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

**Nr. 205.** | **Dienstag, den 4. September 1900.** | **7. Jahrgang.**


**Hierzu eine Beilage.**

## Die Volksausbeuter an der Arbeit.

= Vor kurzer Zeit hat in den Blättern der Wasserkante eine Statistik recht lebhafte Diskussion hervorgerufen. Sie betraf den Seeverkehr und stellte die Thatsache fest, daß der Seeverkehr von Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam viel schneller anwächst als der von Hamburg und Bremen. Diese Thatsache war allerdings so recht geeignet der „weltpolitisch" gewordenen kapitalistischen Bourgeoisie zu denken zu geben. Gerade in den Seestädten ist ja die jüngste Marinevorlage begründet worden mit dem Hinweis auf den gesteigerten Seeverkehr und es hieß, nur wenn der schwimmende Militarismus gestärkt werde, würden die Seestädte sich in der bisherigen Weise weiter entwickeln. Nun haben wir, wenn nicht den faktischen Rückgang, so doch das Zurückbleiben hinter den See-Städten des Auslandes und es zeigt sich so die Richtigkeit der von der Sozialdemokratie immer betonten Thatsache, daß die Entwickelung des Handels, und damit auch der See- und Handelsstädte, von anderen Faktoren abhängt als von der gepanzerten Weltpolitik des Militarismus. Unsere Seestädte brauchen nicht weltumspannende Panzerpolitik, sondern eine gesunde Wirthschaftspolitik, wie sie vertreten wird von der Sozialdemokratie. Gerade die bei uns herrschende und in immer reaktionärere Bahnen einlenkende Wirthschaftspolitik ist unsern Handelsstädten schädlich. Sie werden überflügelt von den in scharfem Wettbewerb stehenden Städten des Auslandes. Und wenn dies unter der Herrschaft der heutigen Handelsverträge schon geschieht, was soll da erst werden, wenn die ostelbische Reaktion ihren vollen Einfluß auf die deutsche Wirthschaftspolitik zurückgewinnt!

Es hängt zusammen mit dem in der kapitalistischen Produktionsweise herrschenden anarchischen Individualismus, daß die Industrie für die Gefahren, die ihr drohen, weder Aug' noch Ohr hat. Weil jeder der Industrievölker im anderen den Konkurrenten sieht, der mit hängender Zunge hinter der kapitalistischen Beute auf dem Weltmarkt her ist und dem Nachbar das Absatzgebiet abjagen möchte, deshalb wirthschaftet Jeder auf eigene Faust und nimmt kein Interesse an der Entwickelung des gesammten Industriezweiges. Und die Arbeiterklasse hat volkswirthschaftlich die Kosten des Verhaltens dieser industriellen Anarchie zu tragen. Die junkerliche Reaktion will die Hinaufschraubung der Zölle und den Abschluß ungünstiger Handelsverträge, um durch eine Preissteigerung der landwirthschaftlichen Erzeugnisse die Grundrente hinauftreiben zu können. Damit bedroht sie die ausländischen Absatzgebiete der Industrie und für die Arbeiter schafft sie theure Lebensmittel und sinkende Löhne. Während in England in solchen Fällen sich die Industriellen wie ein Mann erheben würden, um die Lebensmittelvertheuerung zu verhindern, weil sie klug genug sind zu wissen, daß Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse die Industrie in ihrem Konkurrenzkampfe hindert, verbündet sich ein Theil unserer ausbeuterischen Industriekapitalisten noch mit den Junkern, um bei den bevorstehenden Verschlechterungen der Handelsverträge Geschäfte zu machen.

Bei dem Abschluß des neuen Zolltarifs will man die Waareneinfuhr nach Deutschland dadurch erschweren, daß man nicht mehr blos die Waaren selbst sondern auch die Verpackung der Waaren so verzollt, als ob sie selbstständige Waaren wären. Alle Kisten, Fässer, Säcke, Eisenbänder, die bisher nur Zoll für ihren Inhalt zu entrichten hatten, müssen in Zukunft ebenfalls Zoll entrichten. Da man diesen Zoll aber doch unmöglich höher gestalten kann, als den der Waare selbst, wird die Reichskasse daraus eine Mehreinnahme haben, die so gering ist, daß sie kaum erwähnt zu werden verdient. Sie wird nur ganz unnöthiger Weise die Waare selbst vertheuern, und da der ausländische Produzent keine Lust haben wird, die Abgabe zu tragen, so fällt sie dem deutschen Konsumenten, zunächst der deutschen Industrie, zur Last. Für diese wird die Last nicht ganz unbedeutend sein, wie uns ein einfaches Rechenexempel zeigt. Von Baumwolle z. B. werden jährlich etwa 1 600 000 Ballen eingeführt. Um den Ballen zusammenzuhalten, werden pro Stück etwa 5 Kilogramm eiserne Reifen und 4 Kilogramm Juteleinwand nothwendig sein, mithin insgesammt jährlich 80 000 Doppelzentner Eisenreifen und 64 000 Doppelzentner Packleinen. Der Zoll auf erstere beträgt gegenwärtig 3 Mk., auf letztere 6 Mk. pro Doppelzentner. Die Gesammtbelastung der deutschen Baumwollindustrie würde also jährlich 240 000 Mk. und 384 000 Mk. in Summa 624 000 Mk. — über eine halbe Million Mehrbelastung! — pro Jahr ausmachen. Nun werden zwar die Ausbeuter der deutschen Baumwollindustrie den auf den deutschen Verbrauch fallenden Theil ohne Weiteres dem geduldigen deutschen Konsumenten aufhalsen. Da sie jedoch bei der Wiederausfuhr der fertig gesponnenen Waare vom Auslande nicht mehr als den Weltmarktpreis verlangen können, wenn sie konkurrenzfähig bleiben wollen, so wird der deutsche Konsument auf alle Fälle auch den auf das Ausland entfallenden Betrag des Verpackungszolles zu tragen haben. So ist der deutsche Konsument auf alle Fälle der Geschädigte, der, den volksausbeuterischen Hochschutzzöllnern im agrarischen und industriellen Lager zu Liebe, seine nothwendigen Bedarfsartikel theurer bezahlen muß.

In der gegenwärtigen Situation beginnt die Bedeutung der deutschen Arbeiterklasse in Bezug auf die wirthschaftspolitische Gesetzgebung immer mehr zu wachsen. Nach Beendigung des sozialdemokratischen Feldzuges gegen die lex Heinze, der mit einem so glänzenden Siege endete, schrieb Professor Delbrück in den „Preußischen Jahrbüchern". „Wir sind soweit, diese Partei (die Sozialdemokratie) schon garnicht mehr entbehren zu können." Noch viel mehr trifft dies auf das Wirthschaftsleben zu. Es wird beherrscht von Cliquen und Interessengruppen, die, ohne Rücksicht auf die allgemeine Lage, nur den eigenen Sondervortheil im Auge haben und bereit sind, ihm jeden Augenblick, zum Schaden der Allgemeinheit, Nachdruck zu verleihen. Zwar ist Deutschland noch kein Industriestaat nach des Wortes Bedeutung, doch es entwickelt sich rasch dazu und die Zeit ist nicht mehr fern, da bei uns der Ackerbau von untergeordneter Bedeutung sein wird. Dennoch werden jetzt, beim Abschluß des neuen Zolltarifs, den Agrariern Konzessionen gemacht, als ob man Deutschland künstlich wieder zum reinen Agrarstaat machen wolle. Dazu sollen die Zollerschwerungen dienen, und weil gewisse Industrielle von ihnen ebenfalls Vortheile haben, weil, durch die Abhaltung ausländischer Konkurrenz, ihnen der deutsche Markt zur alleinigen Ausbeutung überliefert wird, unterstützen sie alle diese reaktionären Maßnahmen unserer Wirthschaftspolitik.

Zwischen den kämpfenden Cliquen steht die Sozialdemokratie und wahrt das Interesse der Allgemeinheit und der industriellen Arbeiterklasse. Lediglich unser Vorhandensein hindert die Beutepolitiker hüben und drüben daran, bei der Verfolgung ihrer Sonderinteressen den letzten Gürtel der Scham fallen zu lassen und sich in der unverhüllten Rohheit ihres Egoismus zu zeigen. Aber auch das, was sie jetzt schon thun und erreichen, ist gefährlich genug. Was wir oben schilderten, bedeutet im Prinzip nichts anderes, als den Verzicht auf den handelspolitischen Grundsatz, daß die Industrie-Rohstoffe zollfrei sein sollten. Damit einmal gebrochen, steuern die Interessenpolitiker immer tiefer in die Sonderpolitik hinein und, indem sie die bisherige Industrie untergraben, untergraben sie auch die heutige Existenz der Arbeiterklasse.

Die Volksausbeuter sind jetzt im Stillen an der Arbeit und da es ein schwacher Trost ist, daß sie in ihrem unersättlichen Mehrwerthhunger schließlich auch den Ast absägen, auf dem sie sitzen, so möge die organisirte Arbeiterschaft acht haben, daß nicht zu der Periode der politischen Reaktion, in der wir uns befinden, die zollpolitische schlimmster Art hinzugefügt wird, die dem arbeitenden Volke tiefe Wunden schlägt.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

**Der Kredit des deutschen Reiches.** Der fortgesetzte Rückgang der deutschen 3½- und 3 prozentigen Reichsanleihen hat in Finanzkreisen schon seit lange einen schlechten Eindruck gemacht. Es wurde aber alles vermieden, was beim Kapitalistenpublikum als ein Zugeständniß der schlechten Lage unserer Reichsanleihen hätte aufgefaßt werden können. Da aber in Geldsachen die Gemüthlichkeit aufhört, so mußte über kurz oder lang doch irgend eine maßgebende Stelle den Finger auf die Wunde legen. Daß es nun das sächsische Finanzministerium sein muß, das zuerst offiziell die Schwäche der Reichsanleihen konstatirt, macht den Hinweis recht nachdrücklich. Ueber das sächsische Finanzministerium geht deshalb auch wegen seiner sächsischen liebenswürdigen Offenheit ein Hagel versteckter und offener Angriffe nieder, die aber den Eindruck seiner Maßregel nicht mehr zu erschüttern vermögen. Das sächsische Finanzministerium hat nämlich den sächsischen Holzwerken, denen bei den Forstämtern ein sogenannter Holzkaufgelderkredit bewilligt ist, eine Mittheilung zugehen lassen, nach der es zur Sicherstellung dieses Kredites in Bezug auf die Reichsanleihen äußerst strenge Annahmebedingungen knüpft. Bisher genügten zur Sicherstellung Werthpapiere des Reiches und der Bundesstaaten zum jeweiligen Kurse; nunmehr aber ist angeordnet, daß bis auf weiteres 3½prozentige Effekten nur mit 90 Proz., 3prozentige gar nur mit 80 Prozent angenommen werden dürfen. Das heißt, das sächsische Finanzministerium traut dem Werthstande dieser Papiere nicht und hält sie nur in der begrenzten Höhe für absolut sicher. Es ist höchst eigenartig, wie hier ein Bundesstaat den Kredit des Reiches erschüttert. Denn daß die Besitzer dieser Anleihen ängstlich und vielfach sich dieser Werthe entledigen werden, dürfte doch die Folge der Maßregel des sächsischen Finanzministeriums sein.

**Ein Erfolg Bülowscher Depeschencensur.** In den „Leipziger Neuesten Nachrichten" vom 1. September steht zu lesen:

> Authentisch erfahren wir, daß nach den ersten Berichten über die Ereignisse in China Kaiser Wilhelm in der Form einer Randbemerkung angeordnet hat: „An Bendemann telegraphieren, **er soll für jeden ermordeten Deutschen eine chinesische Stadt bombardiren.**" Den Bemühungen des Auswärtigen Amtes gelang es, die Uebermittelung und die Konsequenzen dieses kaiserlichen Willensausdrucks zu verhindern.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" bemerken dazu noch ausdrücklich: „Die Quelle, aus der diese Nachricht uns zugeht, schließt einen Zweifel an ihrer Richtigkeit aus." Wenn man sich daran erinnert, was der Kaiser in den Julitagen, zum Beispiel in der Hunnenrede, als seine Herzensmeinung geäußert hat, erscheint auch diese Nachricht glaubhaft, in einem inneren Widerspruche zu der Auffassung Wilhelms II. steht sie nicht. Für die Auslieferung eines lebenden Fremden, sei er Deutscher oder nicht, hat der Kaiser eine Rettungsprämie von 3000 Mk. ausgesetzt. Der Preis für einen ermordeten Deutschen ist höher: eine in Grund und Boden geschossene Stadt, auch eine offene, deren Einwohner, Groß und Klein, Jung und Alt, vom Granathagel niedergemäht, deren Hütten und Anwesen in Brand geschossen werden.

In dem mustergültigen Werke, dem „Lehrbuch des Völkerrechts" von Alphons Rivier (Zweite Auflage, 1899, S. 393), liest man:

> Indessen ist die barbarische Kriegsführung heute noch unter südamerikanischen Freistaaten gebräuchlich, und die Europäer sind selber geneigt, in ihren Kriegen gegen die außerhalb der Völkergemeinden stehenden Völker Verheerungen, Raubthaten, Grausamkeiten zu verüben (Kriegführung der Engländer und Franzosen in China 1860 und Tonkin 1884, in Algier 1846, vielleicht auch der Russen in Centralasien).
>
> Hervorzuheben ist, daß hier vorzüglich der Fortschritt von oben kommt, von höher gebildeten Staatsmännern und Fürsten, — während für die große Menge der Halbgebildeten noch immer die Barbarei im Kriege etwas Erlaubtes und sogar Wünschenswerthes ist. —

In § 62 „Das Kriegsrecht", liest man (S. 401) bei Rivier: „Zulässig sind für die Kriegführung nöthige Zerstörungen, Niederlegungen, Rasierungen von Häusern und Baulichkeiten." An einer anderen Stelle (S. 408): „Aus dem oben Gesagten folgt, daß die Beschießung (Bombardement) eines offenen (d. h. nicht befestigten) und nicht vertheidigten Platzes (Stadt Hafen) nur im Falle militärischer Nothwendigkeit gestattet ist."

**Die Einberufung einer internationalen Anarchistenkonferenz** regt die italienische Regierung in einer Zirkularnote an, die den Regierungen bereits zugegangen ist. Man scheint in Rom an dem Fiasko der ersten Konferenz noch nicht genug zu haben. Die Regierung in Italien

sollte, statt Konferenzen zu entrieren, lieber auf eine Gesundung der sozialen Zustände bedacht sein.

**Anarchismus und Preßfreiheit.** Die Redaktion der „Preußischen Jahrbücher" hätte sich an Herrn Professor Kahl von der Berliner Universität gewandt mit dem Ersuchen, sich in beschleunigter Weise darüber zu äußern, ob man gegen die Anarchisten die Prügelstrafe anwenden soll. Herr Kahl ist denn auch in sehr beschleunigter Weise diesem Wunsche nachgekommen. Er hat sich unter mancherlei Wenn und Aber für die Prügelstrafe erklärt, allerdings um am Schlusse einen starken Zweifel auszusprechen, ob es ihm gelungen sei, das Richtige zu treffen. Was von einer derartigen Konzession an die Unvernunft zu halten ist, haben wir schon öfter dargelegt. Wir gehen darauf hier nicht ein. Herr Kahl schlägt aber schließlich noch eine andere Maßregel vor, die nach seiner Ansicht noch wirksamer als die Prügelstrafe dem anarchistischen Verbrechen entgegenarbeiten könne, nämlich eine Beschränkung der Preßfreiheit. Er verlangt eine Bestimmung, durch die es verboten wird, Bildnisse von anarchistischen Verbrechern und Nachrichten über sie zu verbreiten. Die „Voss. Ztg." unterzieht diesen Vorschlag einer wohlwollenden Kritik, indem sie geltend macht, daß die „jämmerlichste Eitelkeit ein häufiger Beweggrund für schwere Verbrechen ist", es sei „kein Zweifel, daß der Eitelkeitsbazillus zu den Krankheitsursachen gehört, aus denen das Geschwür des Anarchismus hervorgeht." Dazu wird bemerkt:

„Und da können wir denn nicht verhehlen, daß in der Presse zuweilen arg gesündigt wird. Man verbreitet Abbildungen des Verbrechers; man spürt seinem vergangenen Leben nach, als sei er ein Bismarck oder Napoleon; man theilt Anekdoten über ihn mit, gleichviel ob sie wahr oder erfunden seien. Für den Gebildeten ist ein solches Treiben ekelerregend; auf den Ungebildeten kann es in gefährlicher Weise wirken, und ganz elende Geschöpfe mögen sich sagen, daß sie sich gleichen Ruhm erwerben können, wenn sie in gleicher Weise handeln."

Ohne Zweifel spielt herostratische Eitelkeit bei anarchistischen und anderen Verbrechen eine Rolle mit. Diese Eitelkeit ist eine Krankheit, genau wie jene andere Eitelkeit, die ihre höchste Befriedigung seitens eines feilen Byzantinerthums erfährt. Aber glaubt man denn wirklich, der verbrecherischen herostratischen Eitelkeit mit dem von Professor Kahl vorgeschlagenen Mittel erfolgreich begegnen zu können? Ein verhängnißvoller Irrthum! Diese Krankheit gedeiht erst recht, wenn man Diejenigen, die an ihr leiden, mit dem Schleier des Geheimnisses umgiebt. Was man treffen will, wird nicht getroffen. Herr Kahl macht den Vorschlag, es solle dem Reichskanzler die Befugniß beigelegt werden, bei gewissen Verbrechen anzuordnen, daß andere als amtliche Nachrichten nicht verbreitet werden dürfen. Damit würde dann selbstverständlich die Preßfreiheit einfach aufgehoben sein. Und doch ist nichts wichtiger, als daß die Presse freie Kritik übt an anarchistischen Verbrechern und Verbrechen. Auch ein Bildniß des Verbrechers kann unter Umständen zwecks seiner richtigen Beurtheilung von Werth sein. Allerdings muß einer gewissen Presse jedes Verbrechen mit allen es begleitenden Umständen dazu dienen, das Sensationsbedürfniß gewisser Kreise zu befriedigen, einer frivolen Lust an der Betrachtung von Scheußlichkeiten Rechnung zu tragen. Aber deshalb die vorgeschlagene Einschränkung der Preßfreiheit anzunehmen, würde sich nicht rechtfertigen lassen.

**Die Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze des Kaisers** gelegentlich des bevorstehenden Kaisermanövers bei Stettin haben schon von jetzt ab eine außerordentliche Verschärfung erhalten. Wie aus Stettin gemeldet wird, ist die Polizeiverordnung betreffs des Meldewesens für den Umfang des dortigen Polizeibezirkes für die Zeit vom 1. bis 12. September wie folgt abgeändert worden: Die Anmeldung eines Reisenden (fremden) muß innerhalb sechs Stunden nach Ankunft desselben erfolgen. Gastwirthe und Inhaber von Hotel garnis haben die Meldungen sofort, spätestens jedoch innerhalb der vorerwähnten Frist zu erstatten. Fremde, welche zwischen 7 Uhr Abends und 6 Uhr Morgens in Stettin eintreffen, sind bis 8 Uhr Morgens anzumelden. Bekanntlich werden auch von der Berliner Schutzmannschaft zur Unterstützung der Stettiner Polizei eine größere Anzahl von uniformirten und Kriminalbeamten in Zivil nach dort gesandt werden. Ueber die außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln, welche jüngst bei der Anwesenheit des Kaisers in Erfurt für die Sicherheit des Kaisers getroffen waren, berichtet ein dortiges Blatt folgende Einzelheiten: Wer ein Fenster vermiethet hatte und über den Miether nicht ganz genaue Auskunft geben konnte, kam in eine schlimme Lage. Noch schlimmer erging es den Personen, die in dem Verdacht des Anarchismus standen. Ein Maler bekam Stubenarrest, das heißt, er wurde von einem Polizeibeamten am Verlassen seiner Wohnung verhindert, bis der kaiserliche Besuch Erfurt wieder verlassen hatte. In Haft genommen waren auch die bei den Zuschüttungsarbeiten beschäftigten Italiener. — Das erinnert an russische Zustände.

**Militärische Nebenströmungen.** Im Gegensatz zu dem Programm des Grafen Bülow, welches jede Aufteilung Chinas weit von sich abweist, verlangt die im Nachrichtenbureau des Reichsmarineamts redigirte „Marine-Rundschau" in einem Aufsatz des Oberleutnants z. S. Karl Schultz, daß Deutschland „weitere Provinzen, zwischen dem Hoangho und dem Jangtse, mit anderen Worten, zwischen der russischen und englischen Interessensphäre zugesichert bekommt."

**Polizeiliche Haussuchungen** — so berichtet die „Bergische Arbeiterstimme" in Solingen — sind in den letzten Tagen bei verschiedenen Parteigenossen erfolgt. Die Haussuchungen erfolgten auf Veranlassung der Militärbehörde in Koblenz, und gesucht wurde nach Briefen 2c., die ein dort in Garnison stehender Soldat an seine Freunde und Bekannte in Solingen gerichtet hat. Mehrere Briefe, die den Briefschreiber belastenden Inhalt haben sollen, sind beschlagnahmt worden. — Der Vorfall zeigt, wie berechtigt die oft ausgesprochene Warnung ist, sich während der Dienstzeit jeder politischen bezw. parteipolitischen Aeußerung in Wort und Schrift zu enthalten.

**Ein neuer Trick der Agrarier** in der Agitation für Erhöhung der Getreidezölle wird jetzt in Szene gesetzt von den Landwirthschaftskammern. Man weist darauf hin, daß einzelne Güter nach den Abschlüssen ihrer Wirthschaft entweder Verluste oder einen geringfügigen Gewinn ergeben. So wird jetzt auch aus dem Regierungsbezirk Kassel auf vier Güter in vier verschiedenen Kreisen hingewiesen. Genannt aber werden die Güter nicht. Der angebliche Verlust oder Gewinn wird berechnet im Verhältniß zu dem „Vermögen"; wie man aber das Vermögen des Gutes berechnet, ist auch nicht angegeben. Niemand kann beispielsweise verlangen, daß ein ungebührlich hoher Kaufpreis für ein Gut eine entsprechende Verzinsung findet. Wenn aber auch alles dies nicht zutrifft, was beweisen alsdann die Verlustziffern? Auch in der Industrie und im Handel schließt eine große Reihe von Geschäften alljährlich mit Verlustziffern ab, ohne daß darum um Staatshülfe oder um höhere Schutzzölle gebettelt wird.

**Beseitigung des Religionsunterrichts aus den Schulen.** Die „Christliche Welt", die sich unter den protestantischen kirchlichen Blättern durch Freimuth auszeichnet, bringt den Aufsatz eines Pfarrers, der die Beseitigung des Religionsunterrichtes aus den Schulen fordert. Auf den ersten Anblick mag das befremdend sein, aber Pfarrer Bauer in Groß-Mückwar hat triftige Gründe dafür, die keineswegs, wie bei Anderen, politischer, sondern gerade religiöser Natur sind. Um der Religion selbst willen müsse sie aus der Schule heraus, denn der heutige durchschnittliche Schulunterricht gefährde sie. Der Herr Pfarrer nennt die übliche Pädagogik eine „Peitsch- und Zuckerbrod-Methode des körperlichen und geistigen Knuffens von hinten und der Berechtigung von vorne, erfüllt mit einem Schrauben- und Zangengeist, der seinen Stolz darein setzt, Dinge aus den Schülern herauszufragen, die nie in ihnen waren, und sich deshalb genöthigt sieht, die Antworten (der Kinder) schon in die Fragen (der Lehrer) zu verstecken und sich und andern etwas vorzumachen"; „einen Anschauungsunterricht, der alle Anschauungen durch Begriffe ersetzt und unter Begriffen erstickt"; „einen Naturwissenschaftsunterricht, in dem die Kinder gewaltsam von der Natur entfernt werden"; „einen Deutschunterricht, in dem ein armes Gedicht so lange erklärt wird, bis poetische Anschauung und künstlerische Empfindung zum Teufel sind und die öde, graue Schulqual aus ihm herausgrinst, wie aus allem, was die Schule bisher angefaßt hat." Die heutige Schulmethode ist nach seiner, u. E. sehr richtigen Ansicht im Stande, schließlich Alles den Kindern zu verekeln. „Wenn ich konservativ oder stummisch wäre, forderte ich in der Schule zwei Stunden wöchentlich Sozialismus, von einem Sozialdemokraten zu geben, nur mit der Verpflichtung, die approbirte, pädagogische Form anzuwenden. Man würde staunen, wie das helfen würde!" (Na, na! Red.) Und so verekelt diese Unterrichtsmethode erst recht die Religionsstunden, „in deren sokratischer Luft kein Geheimniß mehr athmen kann, in denen alles Höchste und Tiefste platt gefragt wird." „Man zerbricht sich den Kopf darüber, weshalb Luther so unpopulär unter uns geworden ist. Weil jedes Wort seines Katechismus . . . vom Schulekel trieft. Unsere Synoden erschöpfen sich in Vorschlägen, wie dem Volke die Religion zu erhalten sei. Zu erhalten ist da nichts mehr; aber wer sie wieder ins Volk bringen will, der befreie sie einmal vom Schulzwang" . . . „Aber", so schließt der Mann, „die Freunde der Religion bleiben dabei: mehr Religion in der Schule! Je mehr der Schulunterricht uns die Religion verdirbt, desto mehr davon müssen wir haben! Die Masse muß es wieder einbringen." Und das Interessanteste an der Sache ist, daß dieser Pfarrer mit seinen Ansichten keineswegs allein steht: Der Herausgeber der „Christlichen Welt" erklärt, er sei erschrocken darüber, wie viel Zustimmung die Losung des Pfarrers Bauer gefunden habe. Solche Thatsachen könnten Einem vielleicht wieder zu dem Glauben verhelfen, daß der Protestantismus noch entwicklungsfähig sei.

**Kleine politische Nachrichten.** Die Kohlennoth hat nach der Münchener „Allg. Ztg." der Vortrag zum Gegenstand gehabt, den Minister v. Thielen neulich beim Kaiser hatte. Es dürfte aber bezweifelt werden, daß die Vergünstigung oder Gewährung des Rohzolltarifs für ausländische Kohlen bei der Einfuhr und Beförderung im Staatsgebiet der Regierungsweisheit letzter Schluß sei. „Ob es", so wird dem Blatte aus Berlin telegraphirt, „an der Zeit ist, die Frage der Verstaatlichung des Kohlenbergbaues von Neuem aufzunehmen, möchten wir dahingestellt sein lassen, jedenfalls bietet die jetzige Lage ernste Schwierigkeiten dar." — Das Gehalt des General-Feldmarschalls Grafen Waldersee soll während seines Oberkommandos in China pro Monat 2000 M. betragen. Außerdem erhält er an „Repräsentationsgeldern" monatlich 10 000 Mk., so daß sich die gesammte dienstliche Monatseinnahme des Feldmarschalls ausschließlich seines sonstigen Gehalts auf 12 000 Mk. beläuft. Das „sonstige" Gehalt des Grafen Waldersee beträgt jährlich 36 000 Mk. und Rationen für sechs Pferde. — Das deutsch-amerikanische Kabel über die Azoren nach New-York ist am Sonnabend dem Betrieb übergeben worden. Gleichzeitig ist das Kabel Emden—Valencia (Irland) außer Betrieb gesetzt worden. — Die Elberfelder Militärbefreiungs-Affäre — ein Wurm, der nicht sterben kann — scheint ihre Kreise auch bis nach Münster ausgedehnt zu haben. Wie erst jetzt bekannt wird, haben vor etwa sechs Wochen Vernehmungen stattgefunden, und zwar sowohl in Münster wie auch in Elberfeld, wohin verschiedene Zeugen aus Münster geladen waren. Die Vernehmungen drehten sich nach dem „Westf. Merk." vornehmlich darum, ob sich dort ein „Schlepper" aufgehalten habe. — Die Auflösung des österreichischen Reichsraths ist, da die Tschechen die Obstruktion nicht aufgeben wollen, beschlossen. Sie soll demnächst erfolgen. — Ein französisches Torpedoboot lief Freitag Abend bei dichtem Nebel auf einen Felsen bei der Insel Brehat. Das Torpedoboot sank, die Mannschaft wurde gerettet.

## Schweden.

**Ueber einen eigenthümlichen Fall** berichtet man der „Frankf. Ztg." aus Stockholm: In Schweden sind bekanntlich im Laufe des Jahres ungewöhnlich viele Mordthaten und Raubmordversuche verübt worden. Der eine der kürzlich hingerichteten Verbrecher war ein ganz junger Eisenbahnbeamter, welcher einen etwas älteren Freund und Collegen ermordet und beraubt hatte. Der höchste Gerichtshof verurtheilte ihn selbstverständlich zum Tode, empfahl ihn aber gleichzeitig einstimmig der Gnade des Königs, was bisher damit gleichbedeutend war, daß der König die Todesstrafe in lebenslängliche Kerkerstrafe umwandelte. Diesmal hatte man sich indessen verrechnet; der König lehnte es ab, den Verbrecher zu begnadigen, der somit hingerichtet wurde. Noch vor dieser Hinrichtung hatte der höchste Gerichtshof einen anderen Raubmörder zum Tode verurtheilt, ihn aber ebenfalls der Gnade des Königs empfohlen. Als der Gerichtshof nun erfuhr, daß seine jüngste Begnadigungs-Empfehlung vom König unberücksichtigt gelassen worden war, beschlossen die Richter sofort, ihr letztes Todesurtheil zu kassiren und auf lebenslänglichen Kerker zu erkennen. Diese Entscheidung hat berechtigtes Aufsehen erregt, weil der Gerichtshof damit so deutlich wie nur möglich bekundet hat, er könne es durchaus nicht gestatten, daß der König es unterlasse, die richterlichen Empfehlungen zu berücksichtigen. Wenn der König es nicht versteht, daß er sich in dieser Hinsicht dem höchsten Gerichtshof des Landes unterordnen müsse, wird dieser den König schon belehren, und zwar in empfindlichster Weise. Wie aus bestunterrichteter Quelle verlautet, hat das Vorgehen des Gerichtshofes auf den König einen „tiefen Eindruck" gemacht."

## Transvaal.

**Vom Kriegsschauplatze.** Eine Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Belfast bestätigt die Freilassung von 1800 gefangenen Engländern durch die Buren, doch sollen die Offiziere nach Barberton gebracht worden sein. Gefangene berichten, daß die Präsidenten Krüger und Steijn sowie die Generale Botha, Schalk-Burger und Lucas Meyer am 29. August mit der Bahn nach Nelspruit abgereist seien. Kommandant Grobler hat, wie Roberts weiter meldet, 34 englische Gefangene, die er noch in seiner Gewalt hatte, an Paget zurückgeschickt. Die Buren scheinen sich nach verschiedenen Richtungen zu zerstreuen; (um sich natürlich an einer andern, bereits vorher bestimmten Stelle später wieder zu sammeln. Red.)

Der Burenkommandant Theron soll die Engländer südlich von Johannesburg nahe dem Klip-Fluß geschlagen haben.

Im Oranje-Freistaat machen die Buren den Engländern noch immer zu schaffen. In Maseru, dem Sitze des englischen Residenten im Basutoland, geht das Gerücht, daß 1500 Buren mit zwei Kanonen bei Mequathingsnek in der Nähe von Clocolan stehen. Die Garnison in Ficksburg ist verstärkt worden.

Der „Manchester Guardian" meldet aus Kapstadt: Eine von Lord Roberts unterzeichnete Proklamation ist in Blumfontein veröffentlicht worden, welche das Verbrennen von über dreißig Farmen zur Strafe für Zerstörung der Eisenbahn anordnet und fünfzig weitere Farmen mit Geldstrafen bis zu einer halben Krone per Morgen für ähnliche Vergehen belegt. Eine halbe Krone bedeutet den achten Theil des durchschnittlichen Werthes der Farmen in jedem Gebiete. — Mit dem modernen Kriegsrecht läßt sich eine derartige Kriegsführung selbstverständlich nicht vereinbaren.

## China.

**Die Wirren in China.** Die Anzeichen dafür, daß die vielgepriesene Einigkeit der Mächte über die Frage, was nach der Eroberung von Peking und nach der Befreiung der Gesandten zu geschehen habe, arg in die Brüche geht, mehren sich in rascher Folge. Rußland und Amerika haben den anderen Mächten den Vorschlag gemacht, die Truppen aus Peking zurückzuziehen und mit der Kaiserin-Wittwe und dem Kaiser von China Friedensverhandlungen anzuknüpfen. Der eigentliche Urheber dieses Vorschlags ist Rußland gewesen. Die Vereinigten Staaten sind bereitwillig darauf eingegangen. Die russische Regierung hat in einer Note an die amerikanische ihr Erstaunen darüber ausgesprochen, daß die Admirale Li-Hung-Tschang in Taku zurückhielten und einige Mächte ihn nicht als Träger von Friedensverhandlungen anerkennen wollten. Man darf mit vergnügter Spannung warten, wie sich dieser plötzlich geschürzte diplomatische Knoten lösen wird. Wie sich Deutschland zu der russisch-amerikanischen Anregung stellt, ist noch nicht sicher bekannt. Offiziös inspirirte Andeutungen in einigen Blättern lassen erkennen, daß die deutsche Regierung durch diesen plötzlich aufgetauchten russisch-amerikanischen Vorschlag in ärgerliche Verlegenheit gebracht worden ist, namentlich im Hinblick auf die „Mission" des Grafen Waldersee. Während nach der einen Version noch gar keine Antwort Deutschlands erfolgt ist, soll andererseits Deutschland geneigt sein, Li-Hung-Tschang doch als Friedensvermittler anzuerkennen, falls er sich inzwischen in den Besitz von Vollmachten gesetzt hätte. Staatssekretär Graf Bülow hat in Folge der neuen Ereignisse seinen Plan, auf Urlaub in den Semmering zu reisen, aufgegeben. In Frankreich hofft man stark auf eine Isolirung Deutschlands in dieser Frage. Wie aus Paris gemeldet wird, unterstützt Frankreich bedingungslos den auch von Nordamerika angenommenen Vorschlag Rußlands. An gewissen Stellen besteht unverkennbar die Absicht, Deutschland zu vereinzeln und es allein das chinesische Abenteuer bestehen zu lassen.

Die Plünderung der Stadt Peking dauert, so wird dem „Reuter'schen Bureau" aus Taku vom Dienstag berichtet, in großem Maßstabe an. Eine Abtheilung chinesischer Katholiken hat sich etwa drei Monate lang in der benachbarten Stadt Paotingfu gegen die Angriffe chinesischen regulären Militärs und der Boxer gehalten und den dortigen englischen Missionar und seine Familie beschützt. Vom chinesischen Hof hat man jetzt endlich das erste Lebenszeichen erhalten. Ueber Paris

wird gemeldet: In Schanghai traf die sichere Meldung ein, daß der Kaiser und die Kaiserin-Wittwe sowie der gesammte Hofstaat und die Leibgarde in der Hauptstadt der Provinz Schansi, Taiyuenfu, eingetroffen sind. Sie beabsichtigten daselbst Hof zu halten, bis für die Rückkehr nach Peking ein passender Modus gefunden worden sei. In Schanghai glaubt man, die Kaiserin-Wittwe würde, um die Dynastie zu retten, darein willigen, daß der Kaiser allein nach Peking zurückkehrt, vorausgesetzt, daß die Mächte dies verlangen, und daß man ihr einen entsprechenden Wittwensitz mit entsprechender Apanage sichere. Auch der gegenwärtig in Paris weilende japanische Gesandte am Londoner Hof erklärte einem Interviewer, Japan könne nur in dem vom Einflusse der Kaiserin-Wittwe völlig befreiten liberalen Ideen zugänglichen Kaiser und dessen Vertrauensmännern die Autoritäten erkennen, mit denen Frieden zu schließen möglich sei. Aus Schanghai telegraphirt ferner Dalziel's Bureau, die deutsche Regierung garantire eventuelle Darlehen deutscher Banken an Tschangtschitung. Dazu wird offiziös bemerkt, daß diese Frage nicht in Schanghai entschieden werden kann. Richtig scheint an der Meldung nur zu sein, daß deutsche Finanzleute über die Möglichkeit einer Reichsgarantie ihre Fühler ausgestreckt haben.

Ueber die Lage in Peking, wo, wie oben schon mitgetheilt, die Plünderung noch andauert, wird ferner gemeldet, daß die Stadt jetzt völlig von Feinden gesäubert ist, daß aber die Straßen in der Umgegend noch wimmeln von Räubern und versprengten Soldaten. An Lebensmitteln scheint es jedoch nicht allzu sehr zu fehlen, denn nach einem Kabeltelegramm der „Frankf. Ztg." aus Schanghai wurde den Ankommenden in der deutschen Gesandtschaft sogar Champagner in Eis servirt. Mehrere Gesandtschaften, denen sich der österreichische Geschäftsträger v. Rosthorn angeschlossen, haben nach einer Wiener Meldung Peking bereits verlassen.

Nach japanischen Quellen nahmen an der Besetzung von Peking die Truppen der Alliirten in folgender Stärke Antheil: Japaner 6600 Fußtruppen, 220 Kavallerie, 450 Genietruppen, 53 Geschütze; Russen 3300 Fußtruppen, 180 Kavallerie, 22 Geschütze; Engländer 1832 Fußtruppen, 400 Kavallerie, 13 Geschütze; Franzosen 400 Marinesoldaten, 18 Geschütze; Amerikaner 1600 Fußtruppen, 150 Marinesoldaten, 75 Kavallerie, 6 Geschütze. Am 25. August hatten sich 70 chinesische Soldaten ergeben. Mit Ausnahme von 10, welche von den Japanern und Engländern zurückbehalten wurden, um über die Verhältnisse in der Stadt Auskunft zu geben, wurden sie sämmtlich entlassen. Am 27. ergaben sich 260 Hofbeamte und Schloßwachen, unter ihnen ein Offizier, welcher nach dem japanischen Hauptquartier überführt wurde. Da eine Parade der verbündeten Truppen am 28. im kaiserlichen Schloß stattfinden sollte zur Feier des Sieges, wurde dieser chinesche Offizier nach dem Schloß geschickt, um dort die nöthigen Anordnungen zu treffen. Innerhalb der Schloßanlagen wurde eine große Anzahl von zum Hofe gehörigen Damen gefunden. Es wurden alle nöthigen Schritte japanischerseits angeordnet, um diese Damen gegen jede Belästigung zu sichern. Auch wurde ihnen mitgetheilt, daß die japanischen Truppen bereit wären, ihnen Nahrungsmittel und jegliche Unterstützung zukommen zu lassen.

In Tientsin ist es, wie von amtlicher deutscher Seite mitgetheilt wird, gegenwärtig ruhig, doch wird der „Frkf. Ztg." gemeldet, daß in der Umgegend noch täglich Gefechte mit den Boxern stattfinden. Die chinesischen Gefangenen werden erschossen. Große chinesische Lager und moderne Befestigungen sind noch zu nehmen, besonders in der Nähe von Lutai; man nimmt an, daß diese Aufgabe den Deutschen zufallen wird.

Im Thale des Yangtsekiang wird nach einem Spezialtelegramm der „Frankf. Ztg." aus Schanghai die Lage bedrohlicher, da aus vielen Orten Unruhen gemeldet werden und überall Aufregung herrscht. Waffen und Munition wurden der Bevölkerung auf dem Yangtse zugeschickt, und zwar aus dem Arsenal von Wusung, unter der Nase der europäischen Kriegsschiffe. Ein deutsches Geschwader und das Truppenschiff „Batavia" werden erwartet. Wusung hätte genommen werden können, wenn der „Jaguar" dort gewesen wäre. Jetzt ist die Sache gefährlicher, da die Bevölkerung des Yangtsethales aufstehen und alle Europäer ermorden würde. Selbst unser „Seeadler" in Hankau wäre gefährdet. Die Unruhen im Yangtsethale werden allgemein Intriguen der Engländer zugeschrieben.

In Hupe bei Wutschang, am See Tzeho und in Hunan sind Aufstände ausgebrochen. Die Aufständischen sind Boxer und haben moderne Kanonen. Sie werden enthauptet, wenn sie ergriffen werden. In Amoy gilt die Lage, die bekanntlich dort letzthin sehr bedrohlich aussah, wieder als normal, nachdem das Landungskorps zurückgezogen ist. Der japanische Konsul wurde nach Tokio berufen.

Nach einer in Rom beim Seminar für auswärtige Mission eingegangenen Depesche aus Hankau ist im südlichen Schansi der Missionar Alberico Crescitelli in grausamer Weise ermordet worden. Die ganze Mission befindet sich in äußerster Gefahr.

Hinsichtlich der Kämpfe in der Mandschurei hat der russische Generalstab folgende Nachrichten erhalten: General Grodekow telegraphirt: Am 28. August vertrieb das Nykolsker Detachement den Feind vom rechten Ufer des Mudendsjan, wobei vier Geschütze erbeutet wurden. Am 29. August überschritt es den Fluß, nahm am 30. August Ninguta und verfolgte den Feind. Ninguta und die Dörfer der Umgend sind unversehrt. Die Bevölkerung kehrt zurück. General Rennenkampf hat am 28. August nach nur ganz unbedeutender Gegenwehr mit vierhunderiundsechzig Kosaken und einer Batterie Artillerie die Stadt Tsitsikar eingenommen. Dsjan-Zjun-Schen, der vor einem Monat sich brüstete, er werde Chaborowsk nehmen und in Brand stecken, floh. Am 29. August wurden Rekognoszirungstruppen dem General Orlow entgegen ausgeschickt. Nach Eintreffen der Infanterie wird General Rennenkampf selbst im Rücken des Feindes operiren, der die Abtheilung Orlow's aufgehalten hat. Die mandschurische Hauptlinie kann man für befreit ansehen; die erste Periode der mandschurischen Kampagne dürfte beendet sein.

# Parteitag für beide Mecklenburg und Lübeck.

Lübeck, den 2. September 1900.

A. K. In Abwesenheit des geschäftlich verhinderten Landesvertrauensmannes Erdbeer eröffnet Groth-Rostock mit einer kurzen Ansprache die Verhandlungen um 4 Uhr, den Wunsch aussprechend, daß es gelingen möge, Gutes zu schaffen, das Gedeihen der Partei zu fördern und neue Wege zu finden, auf denen man zu diesem Ziele gelangen könne.

In das Bureau werden Pape-Lübeck und Koß-Schwerin gewählt als Vorsitzende, Garber-Boizenburg und Schmidt-Neubrandenburg als Schriftführer, in die Mandatprüfungskommission Grevesmühl-Rehna, Henck-Rostock und Knodt-Grabow, zu Revisoren des Kassenberichtes Steinbrügger-Wismar und Grosse-Parchim.

Es sind anwesend 31 Delegirte, welche 28 Städte vertreten, ferner Groth für die Presse, Straßburger für die Agitationskommission Neumünster.

Den Bericht des Vertrauensmannes erstattet vertretungsweise Groth: Gegen die Zuchthausvorlage ward eine Protestkundgebung durch Unterschriftsbogen inszenirt, da Versammlungen selbstverständlich nicht erlaubt worden wären, obwohl es sich um reingewerkschaftliche Dinge drehte. Die partikulare Gesetzgebung erwies sich hier als ein unerhörtes Hinderniß. Gleichwohl ist es trefflich gelungen, schriftlich zu protestiren, einen Petitionssturm zu entfesseln, der die Gleichgültigen aufrüttelte. Es hat sich hier ein großer Opfermuth der Genossen bethätigt. Gegen 18 000 Unterschriften wurden gesammelt. Die Aufklärung der gewerblichen Arbeiter über die ihnen drohende Gefahr ist vollauf gelungen. — Die Kritik, welche der Reichstag an der Chikanirung der mecklenburgischen Arbeiter durch das Vereins- und Versammlungs„recht" übte, ist in Berichtsform in 45 000 Exemplaren in allen größeren Städten vertheilt worden. Der Gegenstand interessirte natürlich in erster Linie die gewerblichen Arbeiter. — Die Kalendervertheilung fand statt unter dem Zeichen des Sonntagssozialistengesetzes. Seine Wirkung ist die alte, gute und sichere, das beweist der wüthende Haß, mit dem die Junker ihn beehren. Die Beschränkung der Sonntagsagitation war gar kein dummer Gedanke. Sie ist nicht gelungen. Am 3. Weihnachtstage geschah, was man zu verhindern getrachtet hatte. In 90 000 Exemplaren ist unser wichtigstes Agitationsmittel den Landproletariern in ihre Hütten getragen worden. — Für den Garantiefonds der „Meckl. Volks-Ztg." ist eifrige Agitation entfaltet worden, welche gute Früchte getragen hat. — Bezüglich der Denkschrift über die Handhabung des Versammlungsrechtes ist zu berichten, daß Fragebögen an 50 Orte versandt wurden. Die Beantwortung war leider sehr mangelhaft, fast die Hälfte der Orte unterließ es, sich mit der Sache zu befassen. Die Aufgabe konnte also nicht gelöst werden. — Die Gegner aller Schattirungen rühren sich öffentlich nicht, weil sie fürchten, die Sozialdemokraten möchten den Erfolg davon haben. Sie lassen halt die Regierung für das Nöthige sorgen. Eine Reihe größerer Prozesse sollte den Geldbeutel der Partei treffen. Der schwerwiegendste war der sensationelle Postprozeß gegen den Verleger und die Kolporteure der „Meckl. Volks-Ztg." Es handelte sich um die niedliche Strafsumme von rund 2400 Mark! Das Rostocker Schöffengericht erkannte auf Freisprechung, jedoch ist noch Berufung eingelegt. Der schwerste Schlag ist der Meineidsprozeß Holst, dessen Einzelheiten noch in Aller Erinnerung sind, ein Tendenzprozeß in bester Form. Im letzten Jahre hat die Stadtagitation überwogen, doch ist dies nicht tragisch zu nehmen. Die Stadtagitation muß eben genau so intensiv betrieben werden, wenn es in den Zentren nicht zurückgehen soll.

Auch den Kassenbericht erstattet Groth: Er ergiebt bei 2687,09 Einnahme und 2317,19 Mark Ausgabe einen Bestand von 369,90 Mark. Unter den Einnahmen befinden sich 2000 Mk. vom Parteikassirer Gerisch, 200 Mark aus Lübeck, 50 Mark aus Lüdersdorf. Es wäre aber verkehrt, daraus einen Schluß auf die finanziellen Leistungen Mecklenburgs insgesammt zu ziehen. Außer obigen Summen sind noch an den einzelnen Orten vereinnahmt: 1. Kreis = 181,79 Mark, 2. Kreis = 919,19 Mark, 3. Kreis = 280,85 Mark, 4. Kreis = 96,80 Mark, 5. Kreis = 1512,37 Mark, 6. Kreis = 454,47 Mark, 7. Kreis = 237,96 Mk., insgesammt = 3682,93 Mk. Lüdersdorf brachte 90 Mk. für Bons auf. Redner nennt es die „Perle der mecklenburgischen Dörfer". Für den Garantiefonds sind etwa 1800 Mark aufgebracht, die man mitzählen muß. Die Mecklenburger haben also den Beweis geliefert, daß ihr Wille, selbstständig zu werden, ein ernster ist. Der Kassenbericht muß ein Ansporn sein, noch mehr zu leisten.

Von Kasch-Lübeck und Steinbrügger-Wismar liegt folgender Antrag vor:

„Der Landesvertrauensmann ist verpflichtet, den Geschäfts- und Kassenbericht vor dem Parteitage in der „M.-V.-Z." und dem „L. V." zu veröffentlichen."

Knabe-Neustrelitz vermißt im Kalender die Wahlstatistik, klagt über lässige Vonsendung und wünscht von Lübeck über die Bewegung im Fürstenthum Ratzeburg Aufschluß.

Waren berichtet über den Aufschwung der Bewegung am Orte.

Grevesmühl-Rehna entschuldigt die unterlassene Beantwortung des Fragebogens zur Denkschrift. In mancher Stadt sind noch alte Schulden zu decken.

Kasch-Lübeck berichtet über die Agitation im Fürstenthum Ratzeburg, nachdem er seinen Antrag damit begründet, daß zur Abkürzung der Debatten und gründlicheren Besprechung wichtigerer Materien die Annahme desselben dringend erforderlich sei.

Teterow berichtet über die Lauheit der Masse der Arbeiter gegenüber der Bewegung. Es halte schwer, thätige Leute zu finden.

Güstrow berichtet, daß es unendlich traurig aussehe. Er sei seit dem letzten Parteitage der fünfte Vertrauensmann (!), doch scheine es sich jetzt zu bessern.

Steinbrügger-Wismar bemerkt, daß die Beantwortung der Fragebögen zur Denkschrift infolge des Systems König, das außerordentliche Aufregung erzeugte, unterblieben sei.

Koß-Schwerin erklärt dasselbe für seinen Ort. Doch seien die Bummeleien einzelner Vorstände schuld an der Verschleppung der Sache. Die tägliche Berufsthätigkeit hindere manchen an der Ausführung. Den Gedanken überhaupt aufzugeben, die Denkschrift herauszugeben, halte es deswegen nicht für nothwendig.

Henck-Rostock tadelt das Verhalten von Schwerin und Wismar, das nicht entschuldbar sei. Die Kalendervertheilung, wie sie das letzte Jahr erfolgte, habe ihm nicht gefallen. Einen dritten Feiertag gebe es in Mecklenburg nicht.

Schwartz-Lübeck ist erfreut über die Darstellung der Finanzlage. Die Lücken, die noch vorhanden sind, werden mit der Zeit schwinden. Die Denkschrift sei vermißt worden, doch sei es sehr schwierig, ein solches Werk rasch fertigzustellen. Doch hätte Erdbeer den Muth nicht verlieren dürfen: er hätte das wenige Material verarbeiten sollen. Die mecklenburgische Frage wird erst mit der chinesischen im Reichstage gelöst werden.

Bollow-Lüdersdorf beschwert sich, daß nicht genügend Kalender geschickt wurden, das dürfe nicht wieder vorkommen.

Groth im Schlußworte: Die Wahltabelle ist genau so für Strelitz wie für die anderen Kreise abgefaßt. Wo etwas fehlt, liegt kein Material vor. In Güstrow herrschte leider immer Zwist, der jetzt erfreulicher Weise beseitigt scheint. Im übrigen scheine der Parteitag ja mit den Leistungen zufrieden zu sein.

Der Antrag Kasch-Steinbrügge wird einstimmig angenommen.

Schluß 6¾ Uhr.

Zweiter Tag.

Lübeck, den 3. September 1900

Namens der Revisoren erklärt Grosse, daß Bücher und Belege in Ordnung befunden wurden. Dem Landesvertrauensmanne wird Decharge ertheilt. Zum Punkte „Agitation und Organisation" spricht zunächst Reichstagsabgeordneter Dr. Herzfeld-Berlin über „Mecklenburgische Verfassungs-Zustände." Er weist zunächst auf die über dieses Thema gepflogenen Reichstagsverhandlungen hin, bei welchen regierungsseitig die Sozialdemokraten Mecklenburgs für minderen Rechtes erklärt worden seien. Die Verfassung beruhe eben auf der Stände-, der Klassenherrschaft. Redner giebt eine hochinteressante Darstellung der Entwicklung der mecklenburgischen Staaten, ihrer Rechts- und Verwaltungszustände. (Wir werden den Vortrag als besonderen Artikel ausführlich zum Abdruck bringen.

(Fortsetzung folgt.)

# Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 3. September.

**Zu Ehren der Delegirten des mecklenburgischen Parteitages** hatte gestern Abend der sozialdemokratische Verein für Lübeck und Umgegend eine Festlichkeit veranstaltet, die so überaus stark besucht war, daß die weiten Räume des Vereinshauses die Zahl der Theilnehmer kaum zu fassen vermochten. Die Veranstaltung nahm einen schönen Verlauf, sie wurde durch keinen Mißton gestört. Das Konzert wurde von der Stadtkapelle unter der Leitung des Herrn Oldenburg exakt ausgeführt, die gesanglichen Darbietungen hatte der Gesangverein „Eintracht", dirigirt von Herrn Putzger, übernommen, welcher sich seiner nicht ganz leichten Aufgabe bestens entledigte. Die Festrede hielt Genosse Kasch, welcher etwa Folgendes ausführte:

„Es ist seit längerer Frist das erste Mal, daß der Verein seine Mitglieder zu festlichem Thun versammelt. Wir warteten die Fertigstellung der herrlichen Räume ab, in denen wir weilen. Hat somit der Abend für die Vereinsangehörigen ein besonderes Gepräge, so gewinnt er besondere Bedeutung dadurch, daß wir die Gesinnungsgenossen aus allen Gauen Mecklenburgs als liebe Gäste begrüßen dürfen. Sie seien herzlich willkommen! Die Lübecker sind besser daran, als die Brüder im Obotritenlande, welche ihr Ränzlein schnüren und über die Grenze wandern müssen, wollen sie in eigener Sache rathen und thaten. Vereine, Versammlungen und Feste, wie wir sie gewöhnt sind, kennen sie nicht. Die politisch denkfähigen Arbeiter Mecklenburgs leben unter einem Ausnahmegesetze ärgster Art, die Behandlung, welche ihnen jahraus jahrein zu Theil wird, ist die krasseste Verkörperung des echt stockjunkerlichen Grundsatzes, daß es gut sei, mit zweierlei Maß zu messen. Diese schwer in's Gewicht fallende, für die Arbeiter lästige und Mecklenburg sicher keine Lorbeeren eintragende Polizeipraxis hat aber ein Gutes nach sich gezogen, sie hat die Arbeiter des Landes in unlösbare, innige Verbindung mit den Proletariern der umliegenden Länder, besonders Lübecks gebracht. Dafür ist den Großen und Halbgroßen Mecklenburgs die Anerkennung nicht zu versagen. Schulter an Schulter haben die Genossen Mecklenburgs manch heißen Kampf durchgefochten und schöne Siege sind ihr wohlverdienter Lohn gewesen. Die Arbeiter sind eben zähe, ausdauernd und in ihrer Hoffnung unerschütterlich. Wenn auch einmal alles schief und quer zu gehen, nichts zu gelingen droht, sie werfen die Flinte nicht in's Korn. Ihnen geht's nicht, wie den bürgerlichen Ideologen, die mit Fritz Reuter die Welt in Stücke schlagen und sich als unser Herrgott II. auf den Trümmern etabliren möchten. Im Lexikon des aufgeklärten Arbeiters stehen die Worte Verzweifeln und Verzagen nicht. Mecklenburg war ein harter Boden für die Aussaat unserer Ideen, daß sie gerade dort so feste Wurzel geschlagen, ist der untrüglichste Beweis ihrer Güte. Heute, anders als früher, sehen die Klassengenossen im ganzen Reiche mit Stolz auf die Revolutionssoldaten am Ostseestrande, die sich so wacker zu schlagen, so prächtig zu siegen verstanden haben. Der Solidarität, der Opferwilligkeit ist es gelungen, in die ruhigen Landproletarier Leben zu bringen, sie zu Tausenden zu uns herüber zu ziehen, mit diesen Mitteln werden wir auch in Zukunft vorwärts kommen. Die Gedanken, welche uns alle beseelen, gipfeln in dem Wunsche, daß zum Heile der Enterbten beider Lande das Band der Freundschaft, Hülfsbereitschaft und Kriegskameradschaft in Zukunft nicht nur bleiben, sondern noch fester geschlungen werden möge. Das möge äußerlich zum Ausdruck kommen in einem Hoch auf die große proletarische Bewegung der Neuzeit, auf die internationale Sozialdemokratie."

Begeistert stimmten die zahlreichen Anwesenden ein, dem Redner lebhaften Beifall zollend. In fröhlicher Geselligkeit weilten die Theilnehmer noch lange bei einander, bis die Stunde der Trennung schlug. Es war ein schöner Abend.

**Werftarbeiter aller Branchen,** gelernte und ungelernte, meidet Hamburg bis auf Weiteres streng! Trutz den übermüthigen Scharfmachern!

**Sedandelirien.** In der trotz der chinesischen Waffenbrüderschaft vor Chauvinismus geradezu berstenden nationalliberalen Presse dritten und vierten Grades lesen wir u. A.:

„Aus dem weichen Boden deutscher Rührseligkeit wuchert oft die saft- und kraftlose Pflanze eines verwaschenen internationalen Kosmopolitismus, eines republikanischen Weltverbrüderungsdusels empor, der gegen ein gesinnungsloses Lumpenthum nicht scharflinig abgegrenzt ist."

Ferner:

„Wenn jede nationale Grenze verwischt werden soll, dann wird schließlich der interessante Tag des rührungsweichlichen Bruderkusses, der freudenthränigen Umarmung kommen, in dessen knochenlosen, mollustenartigen Brei alle Sieges-, Ruhmes- und Ehrensäulen, alle Standbilder treuer Patrioten und todestrotzigen Kämpfer hineinsinken werden, wo das Lied vom „Gott, der Eisen wachsen ließ", auf den Index gesetzt sein wird, während man beispielsweise von der Seine her alle Schlachtenbilder eines Horace Vernet, Detaille, Neuville, von der Spree her alle Siegesverherrlichungen eines Anton v. Werner, Camphausen, Geselschap, Bleibtreu, Hünten usw. herbeitragen wird, um sie bei Zusammenwerfung aller Fackeln der Zwietracht in solenner Weise zu verbrennen: Gaudeamus igitur!"

Eis!

**Rudolf Lange** hat nach den „Lüb. Anz." früher in der hiesigen sozialdemokratischen Partei „eine Rolle gespielt". Das stimmt! Die Rolle des Vogels, der sein eigenes Nest beschmutzt, indem er gegen die Partei, von der er recht unverdiente Wohlthaten erfahren hatte, in ehrloser Weise intriguirte, wie aus seinen intimen Beziehungen zu den „Lüb. Anz." zur Genüge erhellt.

**Ausschreitungen von Streikposten** sollen in Hamburg vorgekommen sein. Ist das wahr, so handelt es sich nach der Darstellung um Rohheitsakte, wie sie leider in den Hafenstädten nicht ganz selten sind. Belustigend wirkt es jedoch, daß die „Lüb. Anz." dazu bemerken: „Seien wir Lübecker froh, daß solchem Rowdiethum durch eine weise Gesetzgebung ein kräftiger Riegel vorgeschoben ist". — Die gute Senatsverordnung! Was die sich nicht alles nachsagen lassen muß. Dabei hat man bisher sorgfältig keinen Gebrauch von ihr gemacht, und mehr als fraglich ist es, ob sie je gebraucht werden wird. Eine wahrhaft weise Gesetzgebung, die würdig ergänzt wird durch die noch weisere Nichtanwendung!

**Versammlung der Krankenkassen-Mitglieder.** Im neuen Saale des Vereinshauses sprach am Sonnabend Abend der Vorsitzende der Centralkrankenkasse der Tischler und verw. Berufsgenossen Georg Blume aus Hamburg vor einer zahlreichen Zuhörerschaft über die in Aussicht stehende Novelle zum Krankenversicherungsgesetz. Redner führte ungefähr Folgendes aus: Bei

Berathung des Invalidenversicherungsgesetzes waren Regierung sowohl wie Reichstag sich darüber einig, daß die Krankenfürsorge von 13 auf 26 Wochen als Mindestleistung auszudehnen sei, um einen lückenlosen Anschluß an die Invalidenunterstützung zu gewinnen, welche Bestimmung von jedem Arbeiter nur mit Freuden begrüßt werden konnte. Die Novelle, welche höchstwahrscheinlich den Reichstag in seiner nächsten Session beschäftigen werde, scheine aber neben dieser neuen Bestimmung noch andere wesentliche Aenderungen des Krankenversicherungsgesetzes zu bringen, deshalb sei es nöthig, daß die Krankenkassenmitglieder sich bei Zeiten mit der Sache beschäftigen und der Regierung und dem Reichstag bei Zeiten ihre Wünsche und Beschwerden unterbreiten, andererseits aber auch unzweideutig den gesetzgebenden Faktoren kundgeben, daß solche Verböserungen des Gesetzes, wie sie z. B. der Regierungsrath Dr. Hoffmann kürzlich im Preußischen Verwaltungsblatt veröffentlichte, von den Krankenkassenmitgliedern nur mit Entrüstung zurückgewiesen werden können. An der Hand des Fragebogens, welchen der Reichskanzler an die Einzelregierungen der Bundesstaaten gesandt hatte um die Ansichten derselben über die geplanten Aenderungen des K.-V.-G. zu hören, ging der Redner auf jede der gestellten Fragen ein und kam zu folgenden Schlüssen resp. Antworten: Die Verwaltungskosten sind bei den freien Hilfskassen und Ortskassen nicht zu hoch. Die Zentralisation der Ortskassen ist anzustreben. Die freie Aerztewahl soll nicht gesetzlich festgelegt werden, sondern dem Willen der Kassenmitglieder überlassen bleiben. Die Bestimmung, daß nur approbirte Aerzte zur Kassenpraxis zuzulassen sind, ist zu beseitigen; es können z. B. Naturheilkundige, auch Heilgehülfen, Masseure sehr wohl die Mitglieder zum Nutzen der Kasse behandeln. Den wundersamen „Reformplänen" des Regierungsraths Hoffmann, der speziell Krankenkassenangelegenheiten im Handelsministerium bearbeitet, trat Redner in längeren Ausführungen entgegen. Insbesondere wies er die Beschuldigung, daß in den Krankenkassen bei den jetzigen Einrichtungen die Verwaltung zu politischen Zwecken oder gar zur Terrorisirung der Versicherten, der Aerzte, der Apotheker und der sonstigen Lieferanten mißbraucht würde, energisch zurück. Wenn ein Kassenvorstand übermäßigen Forderungen der Aerzte und Apotheker entgegentrete, so thue er im Interesse seiner Kasse nur seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit. Zum Politiktreiben habe ein Krankenkassenvorstand gar keine Zeit Aber um den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht zu nehmen, scheue man sich nicht, politische Motive dieser Reform der Krankenkassengesetzgebung zu unterschieben. Die sogenannte Angliederung der Verwaltung der Ortskrankenkasse an die Verwaltung der Gemeinde, mit einem von der Gemeinde bestimmten Vorsitzenden, solle nur Stellen schaffen für Militäranwärter, von denen wir durch die Chinawirren ein ziemliches Kontingent auf Lager haben werden. Zum Schluß brachte der Redner folgende Resolution ein:

Protest.

Die heute im Saale des Vereinshauses zu Lübeck tagende, von ca. 500 Personen besuchte, öffentliche Versammlung von gegen Krankheit versicherten Personen, erhebt hiermit entschieden Protest gegen die nach den Auslassungen des Regierungsraths Hoffmann geplanten Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes.

Namentlich protestirt sie dagegen, daß die organisirten Krankenkassen an die Gemeinde angegliedert und somit die Leitung und Führung der Kassen eine gemeindebehördliche wird, in welcher die Versicherten ein Mitbethätigungsrecht nicht haben

Ferner erhebt die Versammlung entschieden Widerspruch gegen die Entrechtung der dem § 75 des Gesetzes genügenden Hülfskassen und zwar um so mehr, als die für die Entrechtung angedeuteten Gründe absolut nicht zutreffen, sondern das Gegentheil der Fall ist. Die Versammlung erblickt in den Vorschlägen Hoffmann's lediglich eine weitere Entrechtung der versicherungspflichtigen und versicherten Personen und Unterstellung derselben unter gemeindebehördliche Vormundschaft. Die Vertreter zum deutschen Reichstage werden aufgefordert, jede, die Entrechtung der krankenversicherungspflichtigen Arbeiter betreffenden Vorschläge, energisch zurück zu weisen.

Nachdem noch Redakteur Kasch diese neueste Entrechtung der Arbeiter, dieses Streben einer gewissen Clique Großindustrieller, jede selbstständige Regung der Arbeiter zu ersticken, in kernigen Worten gegeißelt hatte und der Referent das Schlußwort genommen, in welchem er noch darauf hinwies, daß sobald die neue Gesetzesvorlage bekannt ist und die Sache aktuell wird, die Zentralkommission der Krankenkassen in Berlin einen Kongreß sämmtlicher Krankenkassen einberufen werde, auf dem hoffentlich auch Lübeck vertreten sein werde, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

-s. **Arbeiterrisiko.** Auf dem Arbeitsplatze der Dampfsägerei von F. Appel, Meierstraße 19a, quetschte sich heute Morgen ein Fuhrmann, der eine Ladung Bretter brachte, den Brustkasten. Auf welche Weise der Unfall sich zugetragen hat, entzieht sich noch unserer Kenntniß. Die Verletzungen waren derartig schwer, daß der Fuhrmann auf Anordnung des Herrn Dr. Christern mittelst Sanitätswagen einem Krankenhause zugeführt werden mußte.

**Der Senat** hat den Leiter des Progymnasiums Dr. phil. Bufsenius zum Oberlehrer an der Realschule ernannt.

**Handelsregister.** Am 1. September 1900 ist eingetragen: „Hansa Meierei. Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck". Gegenstand des Unternehmens: jede Art von Milchverwerthung, insbesondere die Herstellung und der Vertrieb von gereinigter, durch Abkühlung haltbar gemachter Milch und von Butter. Stammkapital 96 300 Mk. Geschäftsführer: 1. Heinrich Friedrich Wilhelm Eggers, Gutsbesitzer in Dänischburg — Vertreter: Anton Johannes Theodor Schlüter, Gutsbesitzer in Stockelsdorf, 2. Heinrich Johann Andreas Herbst, Gutsbesitzer in Dahmsdorf — Vertreter: Heinrich Friedrich August Stuht, Gutsbesitzer in Dummersdorf-Felde, 3. Johann Hinrich August Manck, Hufner in Vorrade — Vertreter: Georg Friedrich Christian Dierking, Domänenpächter in Lockwisch. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. Juli 1900 festgestellt. Die Zeichnung für die Gesellschaft erfolgt durch zwei Geschäftsführer. Oeffentliche Bekanntmachungen erfolgen in allen Fällen im General-Anzeiger für Lübeck und Umgegend; „Magdeburg-Lübecker Dampfschifffahrts-Gesellschaft Andreae & Stahlkopf" Hauptniederlassung Magdeburg, Zweigniederlassung in Lübeck. Inhaber: 1. Carl Stahlkopf, Kaufmann und Schiffsherr in Magdeburg, 2. Hans Andreae, Schiffsherr in Magdeburg, 3. Walter Theodor Andreae, Kaufmann in Magdeburg, Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Juni 1900 begonnen.

**Moisling.** Die Lassallefeier, welche der hiesige Arbeiterverein am Sonnabend im Schatt'schen Lokale veranstaltet hatte, erfreute sich einer sehr zahlreichen Betheiligung. Die Festrede hielt Genosse Friedrich-Lübeck, welcher in scharfen Umrissen die Verdienste Lassalle's um die deutschen Arbeiter zeichnete. Konzert und Vorträge hielten die Festgenossen noch lange beisammen.

**Oldesloe.** Nimrodspech. Im Jagdrevier Stubben waren der Gerichtsschreiber Hasse und der Jagdaufseher Hassel auf der Rebhuhnjagd. Das Gerichtsschreibergewehr ging los, dem Jäger ging eine Schrotladung in den Nacken, ihn schwer verwundend. Anscheinend giebt es noch ein gerichtliches Nachspiel.

# Letzte Nachrichten.

**Endlich eine authentische Nachricht von Andree!** Eine Nachricht, die volle Zuversicht athmet, aber — sie ist schon vor drei Jahren, bald nach dem Aufstieg des Luftschiffers, am 11. Juli 1897, dem Meere anvertraut worden und hat erst jetzt den Weg an die norwegische Küste gefunden. Es ist die erste Boje, die Andree ausgeworfen hat, und sie enthält eine handschriftliche Mittheilung, die in den später abgelassenen, aber leeren Bojen fehlte. Neue Hoffnungen für das Schicksal des wagemuthigen Forschers und seiner Begleiter darf man leider nicht fassen. Die Nachricht, die in ihrer Hoffnungsfreudigkeit recht wehmüthig stimmt, lautet:

**Stockholm,** 31. August. Der Landeshauptmann Grendahl in Finmarken (Norwegen) meldet dem Stockholmer „Aftonbladet" aus Skjervö: Andree's Boje Nr. 4 ist hier gefunden worden; dieselbe enthielt folgende Mittheilung: „Boje Nr. 4, die erste die ausgeworfen ist, am 11. Juli, 10 Uhr Nachmittags, Greenwich, mittlere Zeit. Unsere Reise ist bisher gut verlaufen; wir befinden uns ungefähr 250 Meter hoch. Richtung anfangs Norden, 10 Grad Osten (Kompaß nicht abweichend), später Norden, 45 Grad Osten (Kompaß nicht abweichend). Es wurden 4 Uhr 50 Min. Nachmittags — Greenwich mittlere Zeit — Brieftauben abgesandt. Dieselben fliegen gegen Westen. Wir befinden uns jetzt über dem Eis, das sehr zerklüftet ist. Das Wetter ist herrlich, die Stimmung ausgezeichnet. Andree, Strindberg, Fränkel."

Ueber den Punkt, den Andree zu der Zeit erreicht haben dürfte, als er diese Boje in die Tiefe warf, ist Geheimrath von Richthofen folgender Ansicht: „Andree hat sich etwa an der Stelle befunden, oder sich ihr doch bedeutend genähert, an der Peary auf seiner Nordpolfahrt den höchsten Punkt erreicht hatte. Es ist dies 82° 45' nördlicher Breite. Wenn die Luftschiffer schon am ersten Tage wieder über Eisflächen schwebten, so hatten sie in der That allen Grund, guten Muthes zu sein. Denn dann müssen sie eine tüchtige Strecke vorwärts gekommen sein, weil für den Aufstieg eine Zeit gewählt war, in der das nördliche Eismeer, wie man rechnen darf, bis September auf große Flächen hin eisfrei ist." Zum Schluß gab der Gelehrte seiner Hoffnung Ausdruck, daß nun vielleicht weitere Nachrichten zu uns gelangen werden.


Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

**Logis für einen jungen Mann**
Glockengießerstraße 16.

**Sofort Logis für mehrere junge Leute**
Lindenplatz 14.

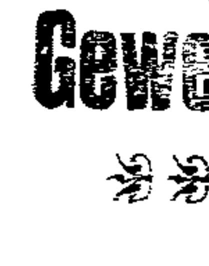
Gesucht sofort oder zum 1. Oktober eine kleine Wohnung im Preise von 160—180 Mk. Offerten unter **W G** an die Expedition dieses Blattes.

**Zwei Kalbsfelle verloren** von Hadenburger Allee bis Kohlmarkt. Abzugeben Vorb Straße 8.

**Leere Farbetonnen**
hat abzugeben
**Friedr. Meyer & Co.**

**Fahrräder,** starke, gebr., von Mk. 40—90, 1 Jahr Garantie auch Theilzahlung. Repar.-Werkstatt aller Systeme. Neue Räder Mk. 140.
**H. A. Hill,** Lübeck, Johannisstraße 9.

Soeben erschienen:
**Gewerkschafts-Bewegung**
und
**politische Parteien.**
Ein Vortrag gehalten im Gewerkschaftshaus in Berlin von **A. Bebel.**
Preis 15 Pfg.
Zu beziehen:
**Buchhandlung von Friedr Meyer & Co.**



**Uhren reinigen . 1,50,**
**Federn einsetzen . 1,50,**
**1 Jahr Garantie.**
**Uhrgläser** 1. Qual. **0,30.**
**Aug. Büttner,**
Uhrmacher,
**Hüxstraße 32.**

**Bürgerlicher Mittagstisch** 50 Pfg.
Ludwigstr. 38

**Sämmtliche Colonial-Waaren** in bester Qualität äußerst billig, gebr. Caffee von 80 Pfg. pr. Pfund an, Margarine, stets frisch, Pfd. 50, 60, 70 Pfg., frische Eier, 10 Stück 60 Pfg., hochf. Käse, Pfd. 30, 40, 80 Pfg., Spirituosen, Weine, Taback und Cigarren in großer Auswahl, dauerhafte Preetzer, Segeberger, Barmstedter u. sonstige Schuhwaaren, starkes Kinder- u. Damen-Fußzeug, Korkpantoffeln, Filzpantoffeln, starke u. preiswerthe Arbeits-Garderoben, Anzüge, Hosen, Westen, wollene Unterzeuge, Wollgarne, Hemde, Hüte, Mützen u. sämmtl. sonstigen Artikeln
empfiehlt
**Rud. Kracht, Ratzeburger Allee 40.**

**Verzinkte Waaren**
**Waschkessel**
**Waschwannen**
**Eimer**
empfiehlt billigst
**J. F. B. Grube**
Inh. **Rudolf Möller**
**Lübeck, Am Markt.**

**Heute**
**frisches Kopf und Bein**
**prima Schmalz u. Bratenfett**
**Ad. Schmidt**
**Moislinger Allee 16.**

Fetten | **Speck** | Pfd. 60 Pfg.
magern | | Pfd. 70 Pfg.
— eigene Schlachtung —
**M. Lahrtz, Böttcherstr.**

**Unseren Hausfrauen**
empfehlen als
**Zierschmuck**
**an Schränken u. Küchenbördern**
sehr hübsche
**Spitzen**
aus Papier, weiß und bunt
in Stücken von 10 Metern
**à 35 bis 70 Pfg.**
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**
Johannisstraße 50.

**Oeffentliche**
**Versammlung**
der
**sämmtl. Müller u. Mühlenarbeiter**
am Dienstag den 4. September
Abends 8½ Uhr
**im Vereinshaus, Johannisstr. 50.**
Tages-Ordnung:
Die Verlängerung der Arbeitszeit im Mühlengewerbe
Zahlreichen Besuch erwartet **Der Einberufer.**

**Achtung Zimmerer!**
**Regelmässige Mitglieder-Versammlung**
am Dienstag den 4. September
Abends 8½ Uhr
**im Vereinslokal, Hundestr. 101.**
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
**NB.** In der Versammlung liegen Fahnenzeichnungen von einigen Fahnenfabriken den Mitgliedern zur Einsicht aus.

**Dr. Schlüter-Lübeck.**
**Telephon Nr. 1167.**

**Trauer-Hüte** empfiehlt in großer Auswahl
das Putzgeschäft von **E. du Bois**
**Moislinger Allee 16.**

**Achtung Schneider!**
**Oeffentliche**
**Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung**
am Dienstag den 4. September
Abends 8½ Uhr
**im Vereinshaus, Johannisstraße 50/52.**
Tages-Ordnung:
Bericht vom Kongreß.
Neuwahl der Agitations-Commission.
Bericht der Agitations-Commission.
Verschiedenes.
Sorge jeder für eine volle Versammlung
**Die Agitation-Kommission.**

**Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands**
(Zahlstelle Lübeck.)
**Mitglieder-Versammlung**
am Dienstag den 4. September
Abends 8½ Uhr
**im Vereinshaus, Johannisstraße 50.**
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. **Aenderung der Statuten des Reservefonds.**
4. Fragekasten und Verschiedenes.
**NB. Die Versammlung findet im neuen großen Saale statt.**
Die Mitglieder werden dringend ersucht, vollzählig zu erscheinen.
**Der Vorstand.**



Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit A. K. gezeichneten Artikel und Notizen: August Kasch.
Verleger: Theod. Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 205. Dienstag, den 4. September 1900. 7. Jahrgang.

## Theodor Yorck.

Ich sah ihn zum erstenmal auf dem Braunschweiger Arbeitertag von 1872. Eine gebrechliche Gestalt, die die Spuren harter Arbeit nicht verkennen ließ. Aber es war ein geistvoller Kopf mit einer trotziger Stirn und einem scharf ironischen Zug um den Mund. Wenn er öffentlich sprach, so hatte er ein wenig mit der Form zu kämpfen, aber jeder, der ihm zuhörte, mußte sich sagen: „Das ist ein sehr bedeutender Mensch!“ Yorck war sich seiner geistigen Befähigung durchaus bewußt; und dies trat namentlich hervor, wenn er mit politischen Gegnern zu thun hatte. Diese behandelte er sehr von oben herab mit einer überlegenen, schneidenden Ironie und ließ sie die ganze Wucht seiner unbarmherzigen Logik empfinden. Aber bei all seinem Selbstbewußtsein war er nicht eitel.

Für einen Mann wie Yorck war der Klassenkampf, was das Wasser für den Fisch. In Breslau „im Schoße der Armuth“ geboren, hatte er von Jugend auf mit drückendsten Verhältnissen zu kämpfen. Er erlernte das Tischlerhandwerk. Ein so überlegener Geist mußte das Proletarierelend, das sich sein ganzes Leben an ihn hing, doppelt schwer empfinden.

Ein hervorragender Zug an Yorck war seine schroffe Zurückweisung jeglichen Autoritätsglaubens. Dies bethätigte er schon gegenüber Lassalle. Als dieser feuersprühende, anfänglich alles mit sich reißende Agitator auftrat, schloß sich auch Yorck der Bewegung an, die zunächst die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bewirkte. Die straffe zentralistische Organisation dieses Vereins gefiel Yorck sehr; er zog sie auch später noch stets der lockeren und föderalistischen Organisation der „Eisenacher“ vor. Aber so sehr er die dem Präsidenten übertragene Machtvollkommenheit für nothwendig hielt — von Autoritätsdusel blieb er auch Lassalle gegenüber vollkommen frei. Als der Allgemeine deutsche Arbeiterverein zu Leipzig gegründet wurde, bemerkte Bernhard Becker, es sei selbstverständlich, daß Lassalle zum Präsidenten gewählt werde. Gegen diese Auffassung protestirte Yorck, der Delegirte von Harburg, indem er einen weißen Zettel abgab. Sonst lauteten alle Zettel auf Lassalle.

Diese Abstimmung Yorcks ist viel besprochen und von mancher Seite als „herostratische Eitelkeit“ ausgelegt worden. In Wahrheit war sie nur die Aeußerung eines revolutionären und selbstständigen Geistes. Uebrigens wurde Yorck in den Vorstand des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins gewählt.

Als 1869 zu Eisenach die sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet wurde, schloß sich auch Yorck ihr an. Er wurde sogleich in die Kontrollkommission der Partei gewählt; 1871 aber übertrug man ihm den Posten des Parteisekretärs, den er mit dem Sitz in Hamburg bis zu seinem Tode inne hatte. Die Finanzen der „Eisenacher“ waren damals in keinem blühenden Zustande, und die Bezahlung der Parteibeamten konnte nur kläglich sein. Yorck hatte auch, während er diesen Posten einnahm, mit schweren pekuniären Sorgen zu kämpfen, abgesehen von anderen Widerwärtigkeiten, die ihm das Leben verbitterten.

Aber er versah sein Amt mit unermüdlicher Energie, und die junge sozialdemokratische Arbeiterpartei hatte ihm viel zu verdanken. Wie energisch er sein konnte, erfuhr ich, als ich im Frühjahr 1873 mit ihm in nähere Verbindung trat. Im Namen des Ausschusses der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ersuchte er mich damals, nach der Einkerkerung Liebknechts und Bebels auf Hubertusburg und nach der Ausweisung Hepners aus Leipzig, die Redaktion des Parteiorgans „Der Volksstaat“ zu übernehmen. Eine gewisse einflußreiche Seite widersetzte sich meiner Ernennung aus egoistischen, aber um so weniger stichhaltigen Gründen; als ich dies Yorck meldete, griff er sofort ein, und in 3 Tagen war die Bahn für mich frei.

Namentlich in Parteistreitigkeiten bewies Yorck seine Energie, wie er denn 1873 die Fürther Mitgliedschaft ohne langes Besinnen auflöste.

Mit nicht geringerem Eifer als der Parteiorganisation widmete sich Yorck der gewerkschaftlichen. Hier war er so recht in seinem Element. Der Flug seiner Gedanken ging sehr hoch, wenn er seine gewerkschaftlichen Pläne vortrug, und wenn er den Strahl seiner Hoffnungen und Berechnungen über der gedrückten Proletarierwelt leuchten ließ, bekam man erst einen Begriff von der Gedankenarbeit, die in diesem scharf ausgeprägten Kopfe vor sich ging. Was ihm vorschwebte, war eine Gewerkschafts-Union, eine Verbindung sämmtlicher Gewerkschaften zu einer mächtigen und einheitlichen Aktion gegen den Kapitalismus, ein Machtfaktor, mit dem er die Befreiung des Proletariats gewaltig zu fördern hoffte. Seine Augen glänzten, und seine sonst manchmal trockene Redeweise belebte sich, wenn er von seinem Gewerkschaftsideal sprach. Auf dem Koburger Kongreß von 1874 entwickelte er seine Anschauungen in einer großen Rede, die unter dem Titel: „Die industrielle Arbeiterfrage“ nachher gedruckt wurde und sehr viel beachtet und verbreitet wurde.

Yorck, der ganz in seiner Thätigkeit für die Partei und für die Gewerkschaften aufging, hatte im Umgang etwas rauhe Formen, die sich unter gewissen Umständen bis zur gediegenen Grobheit steigern konnten. Der bekannte Satz Lassalles: „Grob muß jeder Vertreter einer großen Sache sein“, fand bei ihm durchaus Anerkennung. Dies und der oft düstere Ernst, der aus seinen Zügen sprach, waren zum guten Theil die Wirkung der überaus widrigen Lebensverhältnisse, durch die sich Yorck hatte von Jugend auf hindurchschlagen müssen.

Aber in der wenigen Stunden der Erholung, die sich Yorck gönnte, konnte er auch recht heiter und mittheilsam sein. Dies erfuhr ich im Sommer 1874 in Erfurt, wo sich Yorck öfter aufhielt. Es befand sich damals in Erfurt eine etwa 800 Mann starke Gewerkschaft der Holzarbeiter, der Yorck seine besondere Pflege und Fürsorge widmete. Auch sonst hatte er sich dort angenehme Beziehungen geschaffen; Erfurt war ihm wie eine zweite Heimath, wie er mir damals selbst sagte. Wir hielten miteinander in demselben Saale, wo zu Napoleons Zeiten das „Parterre von Königen“ sich befand und in dem 1891 der Kongreß der deutschen Sozialdemokratie tagte, eine große Volksversammlung ab; ich sprach zum ersten, Yorck zum zweiten Punkt der Tagesordnung. Am anderen Tage, einem Sonntage, machten wir mit zahlreichen Gesinnungsgenossen einen Ausflug auf die Höhen um Erfurt, in den Steiger, wo blühende Gärten und schattiges Gehölz miteinander abwechselten. Man hatte einen schönen Ausblick auf die Stadt, deren alte Festungswerke damals abgetragen wurden. Yorck war so lustig und aufgeräumt, wie ich ihn noch nie gesehen hatte; er scherzte mit den Damen, die sich in unserer Gesellschaft befanden, und betonte wiederholt, nirgends sei ihm so wohl, wie in Erfurt. Ich schloß mich damals näher an den Mann an, dessen oft rauhes und barsches Wesen ihm unter den Empfindlichen so manchen Feind gemacht hatte. Aber ich sollte ihn nicht wiedersehen.

Yorck wäre im Reichstag ein tüchtiger und hervorragender Vertreter der Arbeitersache geworden. Die Parteigenossen erkannten dies bald, und 1874 wurde Yorck die Kandidatur des 22. sächsischen Wahlkreises (Auerbach-Reichenbach) übertragen. Er unterlag nur mit wenigen Stimmen dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Georgi; dieser erhielt 6781, Yorck 6515 Stimmen.

Zu Anfang des Jahres 1875 kam plötzlich und allgemein überraschend die Trauerkunde, daß Theodor Yorck zu Hamburg aus dem Leben geschieden sei. Es war am 1. Januar 1875 einer kurzen Krankheit erlegen, nur 45 Jahre alt. Was hätte dieser bedeutende Mensch, den der Tod im besten Mannesalter aus seinem Wirken herausriß, nicht noch alles leisten können für die Sache, der er sein Leben gewidmet hatte!

Gewiß hat es unter den hervorragenden Erscheinungen in der Sozialdemokratie viele gegeben, die äußerlich in ihrem Auftreten mehr Eindruck machten, als Theodor Yorck. Dieser aber war ein klassischer Repräsentant des trotzigen, kühnen, kämpfenden Proletariats der Neuzeit, und als solcher wird er fortleben im Gedächtnisse derer, die ihn gekannt haben.

Wilh. Blos.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Lohnbewegungen.** Die Glasergehilfen in Jena traten Anfangs August in den Ausstand, weil die Meister einen ihnen vorgelegten neuen Tarif rundweg ablehnten. Die Forderungen der Gehilfen erstreckten sich auf Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden, Erhöhung des bisher gezahlten Stundenlohns um 15 Proz., Minimallohn von 36 Pf. (bisher 30 Pf.) höhere Bezahlung der Arbeiten außerhalb der Werkstätte, Freigabe des 1. Mai usw. Die Unternehmer wollten keine Konzessionen machen. Die vom Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells angebotene Vermittlung wurde schlankweg abgelehnt. Da es ihnen aber nicht gelang, Ersatz für die Ausständigen zu erlangen, mußten sie ihre Hartnäckigkeit doch preisgeben. Am Donnerstag ist der Ausstand auf Grund von Vereinbarungen, welche den aufgestellten Forderungen sehr nahe kommen, beendet worden. Die neunstündige Arbeitszeit wurde nebst einer 5prozentigen Lohnerhöhung erkämpft.

**Die Arbeiterbewegung in Rußland und Polen wird von der russischen Presse auf Befehl der Regierung todtgeschwiegen.** Der russische „Unterthan“, welcher nur die „legale“, d. h. auf gesetzlichem Boden erscheinende Presse liest, könnte glauben, daß es für Rußland überhaupt keine Arbeiterfrage giebt, wenn die Regierung nicht selbst dann und wann — wenn auch nur selten — es für angebracht hielte, den Schleier zu lüften und einen kleinen Einblick zu gestatten in das Drama, das sich unter der Oberfläche des öffentlichen Lebens abspielt. So werden z. B. in der letzten Zeit im „Warschawsky Dnewnik“, dem offiziellen Organ der russischen Regierung für Polen, eine Reihe von Armeebefehlen des Warschauer Generalgouverneurs, des Fürsten Imeretinsky, veröffentlicht, durch welche, wie wir bereits früher erwähnten, dieser eine Reihe polnischer Arbeiter vor das Kriegsgericht verweist unter der Anklage, Streikbrecher und geheime Polizei-Agenten ermordet zu haben. Diese „Armeebefehle“ werfen ein grelles Licht auf die unendlich traurigen Verhältnisse, unter denen die Arbeiter im Zarenreiche ihre Kämpfe ausfechten müssen. Jetzt ist im „Warschawsky Dnewnik“ auch das erste in diesen Prozessen vom Warschauer Kriegsgericht gefällte Urtheil veröffentlicht worden. Am 9. August (27. Juli) verurtheilte dieses Gericht die Arbeiter Swidersky und Wosnjak (der erste 22, der zweite 21 Jahre alt) für vorsätzliche Ermordung des Meisters Brzezek zum Tode durch den Strang — diese Strafe ist nachträglich vom Zaren „allergnädigst“ in lebenslängliche Zwangsarbeit verwandelt worden. — Verhältnisse zu schaffen, unter denen Arbeiter um Besserung ihrer Lage kämpfen können, ohne auf Schritt und Tritt von geheimen Polizei-Agenten umgeben, provozirt und in's Unglück gestoßen zu werden, — das fällt dem Zaren leider nicht ein.

**Zum Grazer Parteitag** der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs hat der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie die Genossen Georg von Vollmar und Martin Segitz delegirt.

## Michael Kohlhaas.

Eine Erzählung von Heinrich von Kleist.

(10. Fortsetzung.)

Der Junker, der um den Karren herumgegangen war und die jämmerlichen Thiere, die alle Augenblicke sterben zu wollen schienen, betrachtet hatte, sagte verlegen: das wären die Pferde nicht, die er dem Kohlhaas abgenommen; doch Herr Kunz, der Kämmerer, einen Blick sprachlosen Grimms auf ihn werfend, der, wenn er von Eisen gewesen wäre, ihn zerschmettert hätte, trat, indem er seinen Mantel, Orden und Kette entblößend, zurückschlug, zu dem Abdecker heran und fragte ihn, ob das die Rappen wären, die der Schäfer von Wilsdruf an sich gebracht und der Junker Wenzel von Tronka, dem sie gehörten, bei den Gerichten daselbst requirirt hätte? Der Abdecker, der, einen Eimer Wasser in der Hand, beschäftigt war, einen dicken, wohlbeleibten Gaul, der seinen Karren zog, zu tränken, sagte: die schwarzen? — Er streifte dem Gaul, nachdem er den Eimer niedergesetzt, das Gebiß aus dem Maul und sagte: die Rappen, die an die Runge gebunden wären, hätte ihm der Schweinehirte von Hainichen verkauft; wo der sie her hätte und ob sie von dem Wilsdruser Schäfer kämen, das wisse er nicht. Ihm hätte, sprach er, während er den Eimer wieder aufnahm und zwischen Deichsel und Knie anstemmte: ihm hätte der Gerichtsbote aus Wilsdruf gesagt, daß er sie nach Dresden in das Haus herer von Tronka bringen solle; aber der Junker, an den er gewiesen sei, heiße Kunz. Bei diesen Worten wandte er sich mit dem Reste des Wassers, den der Gaul im Eimer übrigelassen hatte, und schüttete ihn auf das Pflaster der Straße aus.

Der Kämmerer, der, von den Blicken der hohnlachenden Menge umstellt, den Kerl, der mit empfindungslosem Eifer seine Geschäfte betrieb, nicht bewegen konnte, daß er ihn ansah, sagte, daß er der Kämmerer Kunz von Tronka wäre, die Rappen aber, die er an sich bringen solle, müßten dem Junker, seinem Vetter, gehören, von einem Knechte, der bei Gelegenheit des Brandes aus der Tronkenburg entwichen, an den Schäfer zu Wilsdruf gekommen und ursprünglich zwei dem Roßhändler Kohlhaas zugehörige Pferde seien. Er fragte den Kerl, der mit gespreizten Beinen dastand und sich die Hosen in die Höhe zog, ob er davon nichts wisse? und ob sie der Schweinehirte von Hainichen nicht vielleicht, auf welchen Umstand alles ankomme, von dem Wilsdruser Schäfer oder von einem Dritten, der sie seinerseits von demselben gekauft, erstanden hätte?

Der Abdecker, der sich an den Wagen gestellt und sein Wasser abgeschlagen hatte, sagte, er wäre mit den Rappen nach Dresden bestellt, um in dem Hause derer von Tronka sein Geld dafür zu empfangen. Was er da vorbrächte, verstände er nicht, und ob sie vor dem Schweinehirten aus Hainichen Peter oder Paul besessen hätte, oder der Schäfer aus Wilsdruf, gelte ihm, da sie nicht gestohlen wären, gleich. Und damit ging er, die Peitsche quer über seinem breiten Rücken, nach einer Kneipe, die auf dem Platze lag, in der Absicht, hungrig wie er war, ein Frühstück einzunehmen.

Der Kämmerer, der auf der Welt Gottes nicht wußte, was er mit den Pferden, dieder Schweinehirte an den Schinder in Döbbeln verkauft, machen solle, falls es nicht diejenigen wären, auf welchen der Teufel durch Sachsen ritt, forderte den Junker auf, ein Wort zu sprechen; doch da dieser mit bleichen, bebenden Lippen erwiderte: das Rathsamste wäre, daß man die Rappen kaufe, sie möchten dem Kohlhaas gehören oder nicht, so trat der Kämmerer, Vater und Mutter, die ihn geboren, verfluchend, indem er sich den Mantel zurückschlug, gänzlich unwissend, was er zu thun oder zu lassen habe, aus dem Haufen des Volks zurück. Er rief den Freiherrn von Wenk, einen Bekannten, der über die Straße ritt, zu sich heran, und trotzig, den Plan nicht zu verlassen, eben weil das Gesindel höhnisch auf ihn einblickte, und mit vor dem Mund zusammengedrückten Schnupftüchern nur auf seine Entfernung zu warten schien, um loszuplatzen, bat er ihn, bei dem Großkanzler Grafen Wrede abzusteigen, und durch dessen Vermittelung den Kohlhaas zur Besichtigung der Rappen herbeizuschaffen.

Es traf sich, daß Kohlhaas eben, durch einen Gerichtsboten herbeigerufen, in dem Gemach des Großkanzlers, gewisser die Deposition in Lützen betreffenden Erläuterungen wegen, die man von ihm bedurfte, gegenwärtig war, als der Freiherr in der eben erwähnten Absicht zu ihm ins Zimmer trat, und während der Großkanzler sich mit einem verdrießlichen Gesicht vom Sessel erhob, und den Roßhändler, dessen Person jenem unbekannt war, mit den Papieren, die er in der Hand hielt, zur Seite stehen ließ, stellte der Freiherr ihm die Verlegenheit, in welcher sich die Herren von Tronka befanden, vor.

Der Abdecker von Döbeln sei auf mangelhafte Requisition der Wilsdrufer Gerichte mit Pferden erschienen, deren Zustand so heillos beschaffen wäre, daß der Junker Wenzel anstehen müsse, sie für die dem Kohlhaas gehörigen anzuerkennen; dergestalt, daß, falls man sie gleichwohl dem Abdecker abnehmen solle, um in den Ställen der Ritter zu ihrer Wiederherstellung einen Versuch zu machen, vorher eine Okularinspektion des Kohlhaas, um den besagten Umstand außer Zweifel zu setzen, nothwendig sei. „Habt demnach die Güte“, schloß er, „den Roßhändler durch eine Wache aus seinem Hause abholen und auf den Markt, wo die Pferde stehen, hinführen zu lassen.“

Der Großkanzler, indem er sich eine Brille von der Nase nahm, sagte, „daß er in einem doppelten Irrthum stünde; einmal, wenn er glaube, daß der in Rede stehende Umstand anders nicht als durch eine Inaugenscheinnahme des Kohlhaas auszumitteln sei; und dann, wenn er sich einbilde, er, der Kanzler sei befugt, den Kohlhaas durch eine Wache, wohin es dem Junker beliebe, abführen zu lassen.“ Dabei stellte er ihm den Roßhändler, der hinter ihm stand, vor,

**Die Betheiligung an den Landtagswahlen** zu befürworten beschloß eine Parteiversammlung in Frankfurt a. M. Die Parteiversammlung in Wilhelmsburg stellte sich auf den Standpunkt, daß die Partei bei jeder Gelegenheit mitzukämpfen habe, jedoch ohne Kompromisse.

**Die sozialdemokratische Frauenkonferenz** wird am 15. September Morgens 9 Uhr in Mainz, in der Stadthalle Mainz, kleiner Saal, eröffnet. Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Der Ausbau des Systems der Vertrauenspersonen. 2. a) Die Agitation unter dem weiblichen Proletariat. b) Die Agitation für den gesetzlichen Arbeiterinnenschutz. 3. Die Bildungsvereine für Frauen und Mädchen. 4. Allgemeines. Die von den Berliner Genossinnen eingesetzte Kommission ersucht die Genossinnen im ganzen Reich, sich durch Entsendung von Delegirten an der Besprechung zu betheiligen und in nächster Zeit die betreffenden Wahlen vorzunehmen. Die zur Besprechung delegirten Genossinnen und Genossen haben ihre Delegirung möglichst bald an Genossin Ottilie Baader, Berlin O., Strausberger Straße 28, IV., mitzutheilen. Die Delegirten wollen sich für Quartierbeschaffung an Heinrich Zeeh, Schriftsetzer, Mainz, Breitenbacher Straße 21, wenden.

# Aus Nah und Fern.

**Kleine Chronik.** Brieftauben will man jetzt auch in den Dienst des Feuerlöschwesens stellen. Wie bekannt ist, sind die Fernsprechleitungen bei Gewittern unbenutzbar; gerade bei Gewittern aber kann leicht Feuersgefahr eintreten, die das schnelle Herbeiholen der Feuerwehr nöthig macht. Hierzu sollen Brieftauben Verwendung finden. Die Neuerung wird vor allem vom Charlottenburger Branddirektor Kiesel zu fördern gesucht. — In dem Krefeld benachbarten Hüls hat ein junger Mann seinen sechszigjährigen Vater, der dem Trunke ergeben war, mit einem Stück Holz erschlagen. Der unmenschliche Sohn war erst nach Krefeld gefahren und hatte auf dem dortigen Standesamte den Tod seines Vaters angemeldet; dann begab er sich nach Hüls und verübte die schreckliche That. — Eine Skandalgeschichte, die jeder Beschreibung spottet, kam in Halle durch den Selbstmord der 21jährigen Verkäuferin Marie Lehmann an das Tageslicht. Die aus guter Familie stammende L., ein durchaus solides Mädchen, hatte mit einem Studenten ein Liebesverhältniß, welches sie aus triftigen Gründen aufgab. Nachdem sie dem Studenten zu verstehen gegeben, daß sie mit ihm nichts mehr zu thun haben wollte, soll dieser die L. bei der Sittenpolizei denunzirt haben. Aus Angst vor entehrender Strafe erschoß sich das unglückliche Mädchen, als es von der Polizei geholt werden sollte. Es ist eine Untersuchung eingeleitet. — In Meißen i. Sachs. hat sich eine dreißigjährige verheirathete Fabrikarbeiterin durch Erhängen entleibt, nachdem sie unbesonnener Weise ihren ganzen Wochenlohn in wenigen Stunden durchgebracht hatte. Sie war, den Lohn von 12 Mk. in der Tasche, aus der Fabrik, wo ihr Mann noch bis 11 Uhr Abends arbeitete, in eine Wirthschaft gegangen, um sich durch ein Glas Bier zu stärken. Aus dem einen Glase wurden mehrere, die Frau trank sich in eine aufgeregte, lustige Stimmung hinein und ließ sich in solcher von den übrigen Gästen leicht überreden, deren Zeche mitzubezahlen. Als ihr Mann nach Hause kam, fand er die Frau noch nicht vor und mußte sie aus dem Wirthshause holen. Sie ging anscheinend ruhig mit und legte sich zu Bett. Beim Erwachen aber mag ihr grenzenloser Leichtsinn ihr doch Gewissensbisse erregt haben; sie stand auf, begab sich in einen Nebenraum und machte ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Von den zwölf Mark Wochenlohn hatte sie noch — zwei Pfennige bei sich. — Aus Glasgow wird gemeldet: Die offizielle Ankündigung des Pestausbruches rief eine förmliche Panik hervor. Kein Kind ist mehr in der betroffenen Straße einer armen übervölkerten Gegend beim Spiel zu sehen. Bis Donnerstag Abend waren elf Patienten im Hospital in Behandlung. Die meisten Fälle waren ernst, und die Behörden beschlossen, die Sanitätsbureaus Tag und Nacht offen zu halten, und haben ihren Stab verdoppelt. Die ausländischen Konsuln setzten sich mit der Sanitätsbehörde in Verbindung. Wahrscheinlich wird man Quarantänemaßregeln erlassen. — Der „Köln. Ztg." wird aus Adelaide (Australien) vom 25. Juli gemeldet: Von verschiedenen Seiten werden wieder Verbrechen schlimmster Art gemeldet, die durch Eingeborene verübt sind. Ein Deutscher Namens Niemann hatte am Daly-Flusse im Nord-Territorium eine Niederlassung gegründet, die allwöchentlich vom Fort Darwin aus durch einen Dampfkutter mit Lebensmitteln versorgt wird. Das kleine Fahrzeug hatte als Besatzung 2 Weiße und 3 Eingeborene. Letztere überfielen am 19. Juli meuchlerisch den Steuermann, verwundeten ihn und warfen ihn über Bord. Er rettete sich aber an Land und wurde von einem Segelschiffe später aufgefunden und aufgenommen. Der Kapitän wurde von den Unholden getödtet. Sie raubten dann die Vorräthe und vernichteten das Schiff. Noch entsetzlicher ist eine Unthat, die 4 Schwarze in Breeloup (Neu-Süd-Wales) verübten. Sie standen schon seit länger Zeit im Dienste des Farmers Mambey und hatten sich nie etwas zu Schulden kommen lassen. Plötzlich drangen sie eines Nachts mit geschwungenen Beilen in die Schlafzimmer der Familie, gebärdeten sich wie Wahnsinnige, tödteten 3 Personen und verwundeten drei andere so schwer, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Unter den Opfern befindet sich auch eine Lehrerin, Fräulein Kerz, anscheinend deutscher Herkunft. Die Mörder verschwanden im Busch, aber die Bewohnerschaft des ganzen Distriktes ist ihnen mit Spürhunden auf den Fersen. Solche Vorkommnisse nähren immer wieder die ohnehin tiefe Abneigung der Weißen gegen die Schwarzen.

**Das dankbare Vaterland.** Ein Kapitel aus dem Staate der „Sozialreform". Unser Greizer Bruderblatt, die „Reußische Volkszeitung", schreibt: Ein alter Arbeiter, der seine 73 Jahre auf dem Rücken hat, über 45 Jahre in Reichenbach in Arbeit stand und sich zu jeder Zeit gut geführt hat, hatte in einer Zeit der Arbeitslosigkeit einen Unterschlupf im hiesigen (Greizer) fürstlichen Landkrankenhaus gefunden. Er erhält dort freie Station und wöchentlich 3 Mk. Lohn. Anspruchslos, wie der Mann ist, und da er nur für sich zu sorgen hat, dankte er dem Schicksal, daß er für sein Alter eine Zuflucht gefunden hatte, die ihm den Lebensunterhalt gestattete. Der alte Mann hatte 1848/1849 den Feldzug gegen die ††† Demokraten mitgemacht und betheiligte sich an der Belagerung von Rastatt und hat für seine Verdienste zwei Ehrenmedaillen erhalten; die eine trägt die Inschrift: „Seinen bis in den Tod getreuen Kriegern". Aus dem Militärpensionsfonds erhielt er eine monatliche Beihülfe von 10 Mk., die ihm durch Vermittelung des Stadtraths in Reichenbach zugebilligt worden war. Unter diesen Umständen lebte er nun verhältnißmäßig gut und war bar aller materiellen Sorgen, ging seinen täglichen Verrichtungen nach und erfreute sich auch noch der Gunst seiner Arbeitgeber. Aber „mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten und das Unglück schreitet schnell". Das sächsische Ministerium des Innern hatte wahrscheinlich erfahren, daß der alte Mann so einigermaßen sein Leben fristete und so erhielt er denn folgendes Schriftstück, das ihm von einem Schutzmann eröffnet überbracht wurde:

Schwarzenberg, den 2. August 1900.

Das königl. sächsische Ministerium des Innern hat beschlossen, die Ihnen auf Grund von Artikel I Ziffer 3 des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1895 auf das Reichsetatsjahr bewilligte Beihilfe mit Ende vorigen Monats zurückzuziehen, da sich Ihre Verhältnisse so gestaltet haben, daß Sie nicht länger als unterstützungsbedürftig anzusehen sind. Hierdurch wird Ihnen solches eröffnet.

Königliche Amtshauptmannschaft.
J. A.: Dr. Perthel, Regierungsassessor.

Nun haben wir in unserem gesegneten Deutschland aber auch noch ein Freizügigkeitsgesetz. Der alte Kriegskamerad erhielt vom Gemeindevorstand zu Greiz am 18. August eine zweite Botschaft. Es wurde ihm auf Grund des § 4 des Freizügigkeitsgesetzes vom 1. November 1867 der Aufenthalt im Stadtbezirk verboten, weil er — vermögenslos ist und nicht genügend Kraft besitze, um sich den nothdürftigen Lebensunterhalt selbst zu verschaffen. Für letztere Thatsache sprach auch der Umstand, daß ihm durch Vermittelung des Stadtraths in Reichenbach aus dem Militärinvalidenfonds eine monatliche Unterstützung von 10 Mk. bewilligt worden sei. Die letztere könne ab nur völlig erwerbsunfähigen Personen gewährt werde Man kann sich ungefähr denken, wie es dem alten Ma ums Herz war, als ihm diese beiden Eröffnungen gemac wurden. Nachdem er glaubte, für seine alten Tage v Noth geschützt zu sein, wird er ans allen Himmeln geworfe Es ist ein ergreifendes Gefühl, wenn man den Greis i Silberhaar sitzen sieht, wie ihm die Thränen ob der Unbi die ihm die heutige Gesellschaft zufügen will, die Wange herabrieseln. Der Mann bezieht im Sterbefalle ein B gräbnisgeld von 112 Mk. vom Kriegerverein in Reichenbac es würden also durch seinen Tod der Stadt Greiz kein Kosten entstehen. Welchen Begriff mag wohl der al Krieger, der von dem sozialdemokratischen Gift jedenfall ganz unberührt geblieben ist, von unserer besten der Welte bekommen haben?

**Ueber scheußliche Soldatenmißhandlungen,** di das Opfer schließlich in den Tod trieben, berichtet di „Wiener Arbeiterzeitung" aus Znaim. Der Infanteris Johann Kocar vom 99. Regiment stand im ersten Dienst jahre. Am 10. August beklagte er sich gegenüber seinen Ka meraden, daß der Koch ihn in der Nachtmahlportion verkürz habe. Seine Beschwerde erregte aber den Zorn des Gefreiten Wojacek, der dem „Rekruten" sofort ein wuchtige Ohrfeige gab. Kocar eilte blutüberströmt auf den Gang, um sich zu waschen. Dabei murmelte er halblaut, daß der Gefreite Wojacek denn doch nicht das Recht habe, die Rekruten zu schlagen. Als Kocar wieder ins Mannschaftszimmer zurückkehrte, kam gerade der Korporal Sikora dazu und stellte ihn zur Rede. Kocar wagte zwar nicht zu mucken, aber Sikora wollte sich nun einmal austoben. Er warf den unglücklichen Soldaten auf ein Bett und mißhandelte ihn in barbarischer Weise, indem er ihn mit den Fäusten schlug. Dann ließ er ihn zwei Gewehre ergreifen und bis zur völligen Erschöpfung Gewehrübungen machen. Nachdem der Unmensch schließlich seinem Opfer noch einige Ohrfeigen versetzt hatte, ließ er von dem unglücklichen Infanteristen ab. Dieser entfernte sich aus dem Mannschaftszimmer, ging in die Kantine und kam nach zwei Stunden zurück, um den Selbstmord zu verüben. Vorher hatte er noch zu einem Reservisten geäußert: „Die Chargen werd'n's krieg'n." Hauptmann Zaremba, den wohl für die Sache die Verantwortung nur insofern trifft, als er sich über den Charakter der Leute, die er zu Unteroffizieren macht, besser informiren sollte, stellte am nächsten Tag eine Untersuchung an. Es kam natürlich dabei nichts heraus, denn von der Mannschaft wagte es niemand, gegen die Unteroffiziere auszusagen. Einige murmelten im Hintergrunde etwas, als aber der Regimentsarzt, der der Untersuchung beigezogen war, sich dahin wendete und fragte: „Wer hat etwas gesagt?" war alles still. Keiner wagte es, zu plaudern, denn jeder fürchtete, den „Kotzen zu kriegen", das heißt in der Nacht von den Liebedienern der Chargen in der Art überfallen zu werden, daß ihm zuerst eine Decke über den Kopf geworfen wird (damit er seine Angreifer nicht erkennen soll), und daß er dann halbtodt geprügelt wird. Vor diesem österreichischen Kasernenbrauch haben die Soldaten Respekt, und darum wagte es keiner, die beiden Bestien im Unteroffiziersrock als die Schuldigen zu bezeichnen. Die Untersuchung verlief resultatlos.

**Wenn der Topf aber 'n Loch hat . . .** Wenn Europa aber so viel Kosten hat, lieber Heinrich, lieber Heinrich? — Das zahlt China, dumme, dumme Lise, dumme Lise, China zahlt's.

Womit soll's denn die Kosten zahlen, lieber Heinrich, lieber Heinrich? — Mit Taels, dumme, dumme Lise, dumme Lise, mit Taels.

Woher nimmt's denn die Taels, lieber Heinrich, lieber Heinrich? — Aus den Zöllen, dumme, dumme Lise, aus den Zöllen.

Wenn der Zoll aber nicht ausreicht, lieber Heinrich, lieber Heinrich? — Dann erhöht es, dumme, dumme Lise, dann erhöht es den Zoll.

Wer trägt aber nun die Kosten der Erhöhung, lieber Heinrich? — Na, Europa, dumme, dumme Lise, dumme Lise, trägt die Kosten des Zolls.

Wenn Europa aber so viel Kosten hat u. s. w. u. s. w.

(Lust. Bl.)

---

und bat ihn, indem er sich niederließ und seine Brille wieder aufsetzte, sich in dieser Sache an ihn selbst zu wenden.

Kohlhaas, der mit keiner Miene, was in seiner Seele vorging, zu erkennen gab, sagte, daß er bereit wäre, ihm zur Besichtigung der Rappen, die der Abdecker in die Stadt gebracht, auf den Markt zu folgen. Er trat, während der Freiherr sich betroffen zu ihm umkehrte, wieder an den Tisch des Großkanzlers heran, und nachdem er demselben noch aus den Papieren seiner Brieftasche mehrere die Deposition in Lützen betreffende Nachrichten gegeben hatte, beurlaubte er sich von ihm. Der Freiherr, der über das ganze Gesicht roth aus Fenster getreten war, empfahl sich ihm gleichfalls, und beide gingen, begleitet von den drei durch den Prinzen von Meißen eingesetzten Landsknechten, unter dem Troß einer ungeheuren Menge von Menschen nach dem Schloßhof hin.

Der Kämmerer, Herr Kunz, der inzwischen den Vorstellungen mehrerer Fremde, die sich um ihn eingefunden hatten, zum Trotz seinen Platz dem Abdecker von Döbeln gegenüber unter dem Volke behauptet hatte, trat, sobald der Freiherr mit dem Roßhändler erschien, an letzteren heran und fragte ihn, indem er sein Schwert mit Stolz und Ansehen unter dem Arm hielt, ob die Pferde, die hinter dem Wagen stünden, die seinigen wären?

Der Roßhändler, nachdem er mit einer bescheidenen Wendung gegen den die Frage an ihn richtenden Herrn, den er nicht kannte, den Hut gezückt hatte, trat, ohne ihm zu antworten, im Gefolge sämmtlicher Ritter an den Schinderkarren heran, und die Thiere, die auf wankenden Beinen, die Häupter zur Erde gebeugt, dastanden, und von dem Heu, das ihnen der Abdecker vorgelegt hatte, nicht fraßen, flüchtig aus einer [illegible] von zwölf Schritt, in welch[illegible] blieb, betrachtete: „Gnädigster Herr!" war [illegible] zu dem Kämmerer zurück, „der Abdec[illegible] Recht; die Pferde, die an seinem Karren gebun[illegible] gehören mir!" Und damit, indem er sich in dem [illegible] Kreise der Herren umsah, rückte er den Hut noch einmal und begab sich, von seiner Wache begleitet, wieder von dem Platz hinweg.

Bei diesen Worten trat der Kämmerer mit einem raschen, seinen Helmbusch erschütternden Schritt zu dem Abdecker heran, und warf ihm einen Beutel mit Geld zu; und während dieser sich, den Beutel in der Hand, mit einem bleiernen Kamm die Haare über die Stirn zurückkämmte und das Geld betrachtete, befahl er einem Knechte, die Pferde abzulösen und nach Hause zu führen.

Der Knecht, der auf den Ruf des Herrn einen Kreis von Freunden und Verwandten, die er unter dem Volke besaß, verlassen hatte, trat auch in der That, ein wenig roth im Gesicht, über eine große Mistpfütze, die sich zu ihren Füßen gebildet hatte, zu den Pferden heran; doch kaum hatte er ihre Halfter erfaßt, um sie loszubinden, als ihn Meister Himboldt, sein Vetter, schon beim Arm ergriff und mit den Worten: „Du rührst die Schindmähren nicht an!" von dem Karren hinwegschleuderte. Er setzte, indem er sich mit ungewissen Schritten über die Mistpfütze wieder zu dem Kämmerer, der über diesen Vorfall sprachlos dastand, zurückwandte, hinzu: daß er sich einen Schinderknecht anschaffen müsse, um ihm einen solchen Dienst zu leisten.

Der Kämmerer, der vor Wuth schäumend den Meister auf einen Augenblick betrachtet hatte, kehrte sich um, und rief über die Häupter der Ritter, die ihn umringten, hinweg, nach der Wache, und sobald auf die Bestellung des Freiherrn von Wenk ein Offizier mit einigen kurfürstlichen Trabanten aus dem Schloß erschienen war, forderte er denselben unter einer kurzen Darstellung der schändlichen Aufhetzerei, die sich die Bürger der Stadt erlaubten, auf, den Rädelsführer, Meister Himboldt, in Verhaft zu nehmen. Er verklagte den Meister, indem er ihn bei der Brust faßte: daß er seinen die Rappen auf seinen Befehl losbindenden Knecht von dem Karren hinweggeschleudert und mißhandelt hätte.

Der Meister, indem er den Kämmerer mit einer geschickten Wendung, die ihn befreite, zurückwies, sagte: „Gnädigster Herr! einem Burschen von zwanzig Jahren bedeuten, was er zu thun hat, heißt nicht ihn verhetzen! Befragt ihn, ob er sich gegen Herkommen und Schicklichkeit mit den Pferden, die an die Karre gebunden sind, befassen will; will er es nach dem, was ich gesagt, thun: sei's! Meinethalb mag er sie jetzt abludern und häuten."

Bei diesen Worten wandte sich der Kämmerer zu dem Knecht herum und fragte ihn: ob er irgend Anstand nähme, seinen Befehl zu erfüllen, und die Pferde, die dem Kohlhaas gehörten, loszubinden und nach Hause zu führen? Und da dieser schüchtern, indem er sich unter die Bürger mischte, erwiderte: die Pferde müßten erst ehrlich gemacht werden, bevor man ihm das zumuthe, so folgte ihm der Kämmerer von hinten, riß ihm den Hut ab, der mit seinem Hauszeichen geschmückt war, zog, nachdem er den Hut mit Füßen getreten, von Leder und jagte den Knecht mit wüthenden Hieben der Klinge augenblicklich vom Platz weg und aus seinen Diensten.

Meister Himboldt rief: „Schmeißt den Mordwüthrich doch gleich zu Boden!" und während die Bürger, von diesem Auftritt empört, zusammentraten und die Wache hinwegdrängten, warf er den Kämmerer von hinten nieder, riß ihm Mantel, Kragen und Helm ab, wand ihm das Schwert aus der Hand und schleuderte es in einem grimmigen Wurf weit über den Platz hinweg.

Vergebens rief der Junker Wenzel, indem er sich aus dem Tumult rettete, den Rittern zu, seinem Vetter beizuspringen; ehe sie noch einen Schritt dazu gethan hatten, waren sie schon von dem Andrang des Volks zerstreut, dergestalt, daß der Kämmerer, der sich den Kopf beim Fallen verletzt hatte, der ganzen Menge preisgegeben war.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck